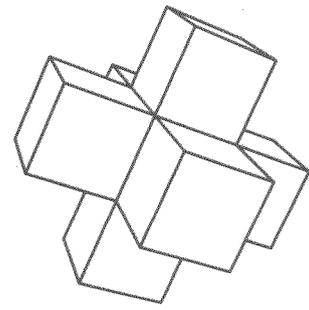


# Schweizer Freisinn



Haller, Franz Georg  
Direktor Schweiz. Landesbibliothek  
Hallwylstrasse 15  
3003 Bern

## FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen Kopf des Monats	2	Brennpunkt FDP persönlich	3	FDP-Frauen Jungfreisinnige	14	Agenda Kreuzworträtsel	22
---------------------------------------	---	------------------------------	---	-------------------------------	----	---------------------------	----

28. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz

### Inhalt

#### Chance für die Schweiz

Der Uno-Sicherheitsrat schafft ein Tribunal zur Aufklärung des Mordes am ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri. Die offene Schweiz hat die Chance, sich als Gastgeber für dieses Tribunal zur Verfügung zu stellen.

Seite 3

#### Bessere Aussichten

Bundesrat Merz will das Wachstum der Bundesausgaben bis 2015 bremsen. Ein wichtiger Schritt hin zu einer stabilen Staatsquote und weg vom immer wachsenden Schuldenberg.

Seite 7

#### Einheitskasse – Einheitsbrei

Die Einheitskrankenkasse der Linken will die Wahlfreiheit bei den Krankenkassen abschaffen. Anstatt Vielfalt soll es Einheitsbrei geben. Die FDP kämpft dagegen – auch mit unkonventionellen Aktionen.

Seiten 9/10

#### Dreifacher Angriff

Mit der KOSA-Initiative werden die Stabilität des Schweizerfrankens, die Finanzen der Kantone und die Sicherheit der Sozialwerke angegriffen. Die KOSA ist deshalb eine klassische Mogelpackung.

Seite 18



Das Initiativkomitee mit den Unterschriften.

## FDP-Initiative eingereicht

### Am 11. Mai 2006 wurden über 100 000 Unterschriften zur Verbandsbeschwerde-Initiative bei der Bundeskanzlei in Bern deponiert.

Im Rahmen eines richtigen Festes hat die FDP genau 119 846 Unterschriften zur Verbandsbeschwerde-Initiative eingereicht. Vor der Bundeskanzlei in Bern wurde

Raclette aufgetischt und Weisswein ausgeschenkt. Die grosse Anzahl Unterschriften zeigt, dass die FDP ein Thema aufgegriffen hat, das den Bürgerinnen und Bürgern

wichtig ist. Als nächstes wird sich der Bundesrat zur FDP-Initiative äussern, bevor dann das Volk entscheidet.

Seite 12

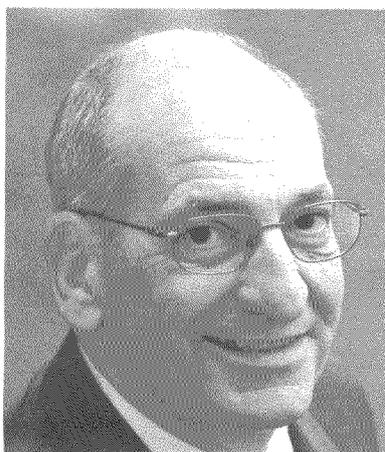
## Über die Verantwortung vor dem Volk

Die Parteien, das Parlament und der Bundesrat

Über Verantwortung sprechen alle. Sich verantwortlich zeigen, ist aber schwieriger. Die Geschichte der «Spitalfinanzierungsvorlage» zeigt exemplarisch auf, was die Rollen von Parteien, Parlament und Bundesrat sein können.

Das Projekt zur Neuordnung der Spitalfinanzierung wurde im Jahre 2000 von meiner Vorgängerin ans Parlament geschickt. Alle waren von der Dringlichkeit überzeugt, da es auch darum ging, wichtige Bundesgerichtsurteile umzusetzen. Die National- und Ständeräte entschieden, die ursprüngliche Fassung mit einigen neuen Ideen anzureichern; sie machten daraus eine umfassende KVG-Revision. Im Laufe der Zeit wurden aber so viele andere Bereiche in das Gesetz integriert, dass die Vorlage Schiffbruch erlitt. Die Linke kündigte ein Referendum an, die CVP enthielt sich im letzten Moment der Stimme. Das Gesetz wurde in der Schlussabstimmung verworfen. Drei Jahre parlamentarischer Arbeit waren zunichte. Das Volk, das auf die Reform wartete, hatte ein mehrjähriges Spektakel verfolgt, das keine Früchte hervorbrachte.

Um nicht wieder an einer Multipacklösung zu scheitern, trennte



Pascal Couchepin

der Bundesrat die Reformbereiche in einzelne Vorlagen auf. Er stellte die Spitalfinanzierung neben sechs anderen Vorlagen separat zur Diskussion (u.a. zu Vertragsfreiheit, Prämienverbilligung, neue Selbstbehaltregelung, Managed Care, Pflegefinanzierung). Er beantragte, dass diese einzelnen Vorlagen gleichzeitig in beiden Räten behandelt würden, um die wichtigsten Geschäfte rasch über die Bühne zu bringen.

Das Parlament machte sich an die Arbeit. Zuerst behandelte es die Vorlage mit den unumgänglich gewordenen Verlängerungen bestehender Regelungen. Dann wählte

es die unbestrittenste, populärste Vorlage aus, nämlich die Erhöhung der Prämienverbilligung. Schliesslich wollte es sich endlich mit der Spitalfinanzierungsvorlage beschäftigen.

Der Ständerat begann. Erste Idee war wieder, die Spitalfinanzierungsvorlage auszubauen. Experten wurden angefragt und Monismus und Risikoausgleich in die Vorlage integriert mit dem Resultat, dass sich die Kantone vehement dagegen wehrten. Die Diskussionen dauerten ein ganzes Jahr, bis schliesslich der Rat im Wesentlichen auf die Bundesratslösung zurückkam. Diese Vorlage ging nun an den Zweitrat, den Nationalrat. Erste Idee dort ist, diese Vorlage mit der Aufhebung des Kontrahierungszwanges anzureichern. Es werden im Sommer neue Hearings mit Ideen von neu eingeschalteten Professoren erwartet, die dann im Detail zu studieren sind.

Was ist das Ergebnis der verschiedenen, immer neuen (Experten)-Ideen? Seit bald sechs Jahren liegt eine schlanke Regelung der Spitalfinanzierung vor. Das Parlament und die Parteien schwanken zwischen Euphorie (wir machen eine eigene Vorlage daraus! Wir ha-

ben ein «revolutionäres» Projekt erfunden!) und Verdruss (doch keine gute Idee, wenig Chancen in einer Volksabstimmung, Ablehnungen in der Schlussabstimmung). Ohne Ergebnis. Zufriedener sind die Experten. Sie erhalten ständig neue Aufträge.

Der Bundesrat hat in den letzten drei Jahren mit konkreten Handlungen bald ausgeschöpft, was er auf Verordnungsebene erwirken konnte. Mit wichtigen Reformen (Selbstbehaltregelung, Franchisen, neue Prämienregionen, Förderung Generika, Senkung der Preise von Medikamenten, Komplementärmedizin, Senkung Preise Laboranalysen, Senkung Preise Mittel und Gegenstände, Senkung Mindestreserven Krankenkassen u.a.) erreicht er für die Bürger und Prämienzahler konkrete Verbesserungen. Auch wenn diese Massnahmen manchmal unpopulär sind.

Die Schweiz braucht eine Debatte über den richtigen Gebrauch der politischen Verantwortung.

Pascal Couchepin

## Kopf des Monats

### Regierungsrat Matthias Michel

Der 43-jährige freisinnige Zuger Regierungsrat und Bildungsdirektor, Matthias Michel, war einer der Vorkämpfer für die neue Bildungsverfassung auf eidgenössischer Ebene. Gleichzeitig kämpfte er im Kanton Zug auch gegen die unsinnige Lernverbots-Initiative, welche verlangt, dass auf Primarschulstufe nur noch eine Fremdsprache gelernt wird. Für dieses Engagement zugunsten einer intelligenten Schweiz gebührt Matthias Michel der Titel «Kopf des Monats».



Matthias Michel,  
der Kopf des Monats Mai.

## Geit's no?

Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss wandelt in den Fussstapfen ihres vormaligen sozialistischen Bundesrats-Aussteigers Otto Stich und entwickelt nach ihrem Mandat einen politischen Enthusiasmus, der beinahe grösser ist als während der Amtszeit. So legt sie sich beispielsweise gegen das neue Asyl- und Ausländergesetz ins Zeug und wirkt an vorderster Front des Referendumskomitees. In dieser Funktion tat sie bei der Einreichung des Referendums bereits ihren ersten Missgriff. Ihre Rede schmückte sie mit dem Zitat «Man

rief Arbeitskräfte, und es kamen Menschen». Dieses Zitat an sich existiert zwar, aber es stammt nicht – wie von Dreifuss behauptet – von Friedrich Dürrenmatt, sondern vom anderen Grossen der Schweizer Literatur, Max Frisch. Vor diesem Hintergrund hätte man sich gewünscht, dass sich die ehemalige Bildungsministerin auch für die Abstimmung über die Bildungsverfassung entsprechend engagiert hätte – und dies nicht erst am Abstimmungssonntag.

Prozess im Fall Hariri

## Sondertribunal als Chance für die Schweiz

Der Uno-Sicherheitsrat bewilligt ein Tribunal zur Aufklärung des Mordes am ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri. Die offene Schweiz hat die Chance, sich als Gastgeber für dieses Tribunal zur Verfügung zu stellen.

Von Lena Schneller, Präsidentin der jungfreisinnigen Schweiz

Am 29. März 2006 hat der Sicherheitsrat ohne Gegenstimmen die Einrichtung eines Tribunals zur Aufklärung des Mordes am ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri beschlossen. Ein solches, durch internationale Gremien eingerichtetes Sondergericht wäre eine hervorragende Gelegenheit für die Schweiz, sich in ihrer Rolle als neutraler Standort im Einsatz für Demokratie und Achtung der Menschenrechte auf der ganzen Welt als Gastgeber für dieses Tribunal zur Verfügung zu stellen.

### Sondergericht

Der ehemalige Syrien-kritische Ministerpräsident Rafik Hariri und 22 weitere Menschen wurden am 14. Februar 2005 in Beirut durch eine Autobombe getötet. Uno-Generalsekretär Kofi Annan beauftragte daraufhin eine Kommission, welche die Umstände dieser Attentate untersuchen sollte. Die Kommission kam zum vorläufigen Schluss, dass der libanesisch und der syrische Geheimdienst in den Anschlag verwickelt waren. Ein Sondergericht, das ausserhalb von Libanon durchgeführt werden und je zur Hälfte aus libanesischen und ausländischen Richtern zusammengesetzt sein soll, soll nun die Verantwortlichen für diesen Anschlag wie auch für 14 andere politische Morde im Libanon seit 2003 zur Rechenschaft ziehen. Ein Standort für dieses Sondergericht ist bisher noch nicht bestimmt worden.

### Chance für die Schweiz

Damit eröffnet sich für die Schweiz die Möglichkeit, die Rolle



Symbol für eine offene Schweiz: Uno in Genf.

Bild: Keystone

der Gastgeberin zu übernehmen. Die Schweiz hat eine langjährige Tradition im Bereich der guten Dienste. Zudem ist der Gedanke der Neutralität – so verschieden ausgelegt dieser Begriff auch immer sein mag – in der Schweizer Bevölkerung tief verankert. Das neutrale Vermitteln zwischen zwei Konfliktparteien wie auch das Anbieten von weiterer Hilfe ist ein Teil der Schweizer Aussenpolitik. Doch in den letzten Jahren ist es für die Schweiz schwieriger geworden, sich als Standort von internationalen Organisationen zu verteidigen. New York, Wien, Brüssel oder den Haag sind neben Genf zu ebenso wichtigen Standorten der internationalen Politik geworden.

### Standortfrage

Wo das neue Tribunal seine Arbeit aufnehmen wird, ist zurzeit noch offen. Zypern hat bereits sein Interesse als Gaststaat kundgetan.

Neben der Schweiz kämen sicher auch den Haag oder allenfalls sogar der Libanon selber in Frage. Wenn sich die Schweiz aber offiziell als Gaststaat zur Verfügung stellen will, muss sie sich nun bemerkbar machen. Aus der Sicht einer offenen Schweiz wäre dies wünschenswert.

### Einsatz ist gefragt

Damit die Schweiz sich weiterhin aktiv für eine liberale Weltordnung, für Demokratie und die Beachtung der Menschenrechte einsetzen kann und als Standort von internationalen Organisationen attraktiv bleibt, muss sie sich um solche internationalen Mandate bemühen und sich für Genf als einen starken internationalen Standort einsetzen. So könnte man sich neben diesem Sondergericht auch überlegen, ob die Schweiz sich nicht als Standort für ein internationales Mediationszentrum zur Verfügung stellen

soll. Dazu braucht es den Willen, die Rolle der Schweiz und Genfs auf dem internationalen Parkett weiter auszubauen. Neutralität bedeutet nicht Passivität.

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg  
zum Recht.

www.binderlegal.ch  
T 056 204 02 00  
T 062 832 10 50

Binder  
rechtsanwälte



**Marlies Vernier-Frehner**



**Petra Gössi**



**Daniel Stolz**

### Rücktritt 1

Der St. Galler Nationalrat Peter Weigelt tritt nach 11 Jahren Mitte Jahr von seinem Amt zurück. Peter Weigelt hat sich als Nationalrat vor allem mit Medien- und Verkehrspolitik beschäftigt. Er will sich nun auf sein unternehmerisches Engagement konzentrieren.

### Rücktritt 2

Offenbar inspiriert von Peter Weigelt gab nur einen Tag später auch Bundesrat Joseph Deiss seinen Rücktritt bekannt. Bemerkenswert ist hier die Tatsache, dass Deiss vor den Medien behauptete, er habe diesen Entscheid selber gefällt und am Vorabend der öffentlichen Bekanntgabe seiner Frau und seinen Söhnen eröffnet. So sieht also der Entscheidungsprozess in einer CVP-Familie aus.

### Rücktritt 3

Bei den Gasamterneuerungswahlen im nächsten Frühjahr nicht mehr antreten, wird der Zürcher FDP-Regierungsrat Ruedi Jeker. Jeker kam 1999 in die Zürcher Regierung und wirkte dort zuerst als Volkswirtschafts- und danach als Sicherheitsdirektor.

### Rücktritt 4

Die Zürcher Regierungsrätin Dorothee Fierz tritt per sofort von ihrem Amt zurück. Als Baudirektorin hat sich Dorothee Fierz tatkräftig für die sensiblen Standortqualitäten des Kantons Zürich, aber auch für eine intakte Umwelt erfolgreich eingesetzt. Sie fühlte sich stets der Nachhaltigkeit verpflichtet, dies zugunsten kom-

mender Generationen: Planen – Bauen – Schützen bildeten die Leitlinien ihres täglichen Schaffens.

### Rücktritt 5

Der Basler Nationalrat Johannes Randegger tritt nach elf Amtsjahren per Ende Jahr zurück. Johannes Randegger hat sich als Nationalrat vor allem mit der Wissenschaft, Bildung und Kultur beschäftigt.

### Antritt 1

Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder Bär ist zur Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Nationalrat Yves Christen an.

### Antritt 2

Die FDP des Kantons Schwyz freut sich auf ihre neue Kantonalsekretärin Petra Gössi. Sie tritt die Nachfolge von Stefan Dettling an.

### Antritt 3

Das Kantonalsekretariat des Kantons Aargau wird neu von Marlies Vernier-Frehner besetzt. Am meisten freut sich über diese Tatsache mit Sicherheit der Aargauer Kantonalparteipräsident Roman Messmer. Er leitete das Sekretariat neben seiner Präsidiums-tätigkeit nämlich interimistisch.

### Antritt 4

Die FDP Basel hat seit dem 27. April 2006 einen neuen Präsidenten. Die Marke FDP müsse stärker und unverwechselbarer werden, meint Daniel Stolz.

## Veranstaltung

### Seminar der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL)

#### Public Private Partnership: ein neuer politischer Ansatz

**Datum:** Samstag, 10 Juni 2006  
**Ort:** Hôtel National, Route de Bâle 25, 2800 Delsberg  
**Teilnahmegebühr:** Fr. 20.–

#### Programm

- 10.30 Empfang/Kaffee
- 11.00 Begrüssung  
Jean-François Kohler, Präsident der Freisinnig-liberalen Partei des Kantons Jura
- 11.15 Erklärungen zum Ablauf des Seminars  
Pierre Weiss, politischer Verantwortlicher der UFL
- 11.20 Public Private Partnership: Ein neues Konzept für die Politik  
Didier Burkhalter (NE), Nationalrat, Vizepräsident der FDP-Fraktion
- 11.40 Public Private Partnership: Erfahrungen aus dem Ausland als Modelle für die Schweiz  
Bernard Chauvet, Direktor Losinger Westschweiz
- 12.00 Podium und Diskussion im Plenum  
**Moderation:** Pierre Weiss  
**Teilnehmer:**  
Michel Probst, Fraktionschef der freisinnig-liberalen Fraktion des Kantons Jura  
Didier Burkhalter  
Bernard Chauvet, Direktor Losinger Westschweiz  
Marc-André Berclaz, Präsident der Geschäftsleitung Fachhochschulen der Westschweiz
- 13.00 Schlussworte  
Claude Ruey (VD), Nationalrat und Präsident der Liberalen Partei Schweiz  
Fulvio Pelli (TI), Nationalrat und Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei Schweiz
- 13.15 Buffet

### Anmeldetalon Seminar

#### Public Private Partnership: ein neuer politischer Ansatz

Ich nehme am Seminar teil:

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Politische Funktion/Titel/Ort: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Bitte retournieren bis am 8. Juni 2006 an: FDP Schweiz, Sébastien Leprat, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, E-Mail: leprat@prd.ch, Fax 031 320 35 00.

St. Gallen

## Goldmillionen nachhaltig verwenden

Letztes Jahr hat der Kanton St. Gallen 847 Mio. Franken aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven von der Nationalbank erhalten. Der Kantonsrat einigte sich darauf, 235 Mio. Franken für den Abbau der Nettoschuld zu verwenden. Am 21. Mai 2006 stimmen die St. Gallerinnen und St. Galler darüber ab, was mit den restlichen 612 Mio. Franken geschehen soll. Das Geld soll nachhaltig verwendet werden, um die steuerliche Belastung zu senken – eine positive Wirkung für die ganze Bevölkerung soll damit erzielt werden. Die Mitglieder der FDP des Kantons St. Gallen haben an ihrer Versammlung vom 6. April deutlich die Ja-Pa-rolle für die Abstimmung betreffend die Verteilung der Goldmillionen beschlossen. Ebenfalls ein JA fordern die St. Galler zur Steuergesetzrevision. Mit der Revision will sich der Kanton St. Gallen seine internationale und interkantonale Wettbewerbsfähigkeit sichern.

St. Gallen

## Gründung der Jungfreisinnigen Werdenberg-Sarganserland

Im März ist die Sektion Werdenberg-Sarganserland der Jungfreisinnigen gegründet worden. Mit der Gründung soll den jungen Menschen aus der Region der Zugang zur Politik vereinfacht werden. Der Weg, sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen, ist somit gelegt. Die Jungfreisinnigen Werdenberg-Sarganserland wollen eine dynamische, freche und liberale Sachpolitik betreiben.

Bern

## JA zum Flughafen Bern-Belp

Anlässlich der Session des Grossen Rats hat sich die FDP-Fraktion mit Nachdruck für den Infrastrukturbeitrag zugunsten des Flughafens Bern-Belp eingesetzt – mit Erfolg. Der Kanton Bern kann somit wirtschaftlich weiterhin vom Regionalflugplatz profitieren. Und die Hauptstadt bleibt direkt mit der Welt verbunden.

Graubünden

## FDP-Präsident Fulvio Pelli zu Gast im Kanton Graubünden

Die FDP Graubünden freute sich, anlässlich der Delegiertenversammlung vom 19. April 2006, über den Besuch des FDP-Präsidenten Fulvio Pelli. Neben der offiziellen Delegiertenversammlung fanden diverse Gespräche und Diskussionen statt. Pelli stellte sich unter anderem den Bezirks-, Kreis- und Ortsparteipräsidenten für ein Gespräch von «Präsident zu Präsident» zur Verfügung. Fulvio Pelli stufte die FDP Graubünden als gesunde Partei ein und lobte vor allem die dynamische Parteiführung.



V. l. n. r.: Fraktionschef Rolf Hanimann, Regierungsrat Martin Schmid, FDP-Präsident Fulvio Pelli, Kantonalpräsident Christian Rathgeb.

Luzern

## Umsetzungsmassnahmen zu Ökologie und Umwelt

Die FDP Luzern will sich vermehrt um umweltpolitische und ökologische Fragen kümmern. Im Rahmen ihrer ganzheitlichen Politik will die FDP Luzern Entwicklungen fördern, die ökologisch, sozial und wirtschaftlich ausgewogen sind. Zu diesem Thema hat das Ressort Raumplanung, Energie und Umwelt Grundlagen erarbeitet. Diese Grundlagen sind einzusehen unter [www.fdp-lu.ch](http://www.fdp-lu.ch)

Thurgau



Kantonsrätin Ruth Mettler (links) und FC-Präsident Beni Fürer im friedlichen Wettkampf «Spitz uf Spitz und Gupf uf Gupf».

## Die FDP Rickenbach beweist, dass sich Einsatz lohnt

Am Ende des 22. Eiertütschen der FDP Rickenbach konnte den FC-Junioren der Betrag von 888 Franken überreicht werden

Von Ruedi Schläpfer, FDP Rickenbach

Dieser traditionelle Anlass der Rickenbacher Freisinnigen erfreut sich immer grösserer Beliebtheit. Nicht nur bei Rickenbachern hat das «Eiertütschen» in Rickenbach einen festen Platz in der Jahresagenda. Aus allen umliegenden Gemeinden kommen Leute zu diesem Anlass und leisten mit dem «Eiertütschen» einen finanziellen Beitrag, der unterschiedliche Organisationen unter-

stützt. In diesem Jahr kam der Reingewinn den Fussball-Junioren zugute. Hoch erfreut über den Reingewinn von 888 Franken war FC-Präsident Beni Fürer. Juniorenobmann Thomas Wintsch fasste dieses Erlebnis wie folgt zusammen: «Dieses Eiertütschen ist für unsere Junioren nicht nur ein finanzieller Erfolg. Es hat auch einen erzieherischen Wert, haben doch unsere Jüngsten hautnah miterlebt, dass sich der persönliche Einsatz lohnt.»

### **Diese Abstimmung bitte nicht schwänzen!**

Die Bildungsverfassung, die am 21. Mai zur Abstimmung gelangt, stösst bei den meisten Parteien, Berufsverbänden, Betroffenen usw. auf breite Zustimmung. Die Herausforderung dieser Verfassungsabstimmung darf trotzdem nicht unterschätzt werden. Die Abstimmung zu schwänzen, könnte gravierende Folgen haben

#### **Von FDP-Generalsekretär Guido Schommer, Bern**

Eine breite Koalition von über 180 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus 7 Fraktionen hat im April 2006 die Kampagne pro Bildungsverfassung eröffnet. Die Bildungsverfassung bringt einen schweizweiten Bildungsraum und zwingt die Kantone dazu, endlich die wichtigsten Parameter der Volksschulbildung zu harmonisieren. Notabene ein Vorhaben, das seit 1973 versprochen ist, aber immer noch der Umsetzung harret. Die Bildungsverfassung lässt die Handlungsfreiheit den Kantonen, ermöglicht es dem Bund aber, nötigenfalls einheitliche Standards durchzusetzen. Dieser breite Konsens ist in jahrelanger Knochenarbeit zwischen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), der Kommission

für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) und dem Eidg. Departement des Innern (EDI) im Wesentlichen von freisinnigen Bildungspolitikern ermöglicht worden. Der politische Druck der FDP-Delegierten, die im Herbst 2004 eine diesbezügliche Volksinitiative in Erwägung zogen, hat Wirkung gezeigt.

#### **Grosse Reformen haben Gegner**

Trotz aller Harmonie zwischen den grossen Parteien: Was hier geplant ist, ist für schweizerische Verhältnisse eine grosse Reform. Und grosse Reformen haben Gegner. Diese zeigen sich noch sehr verhalten und nur an den politischen Rändern, zum einen bei den Extremföderalisten, zum andern in Kreisen, welche die angestrebte Qualitätssteigerung dank Leistungsorientierung in der Volksschule nicht ertra-



**Guido Schommer**

gen. Diese Gegner arbeiten bisher im Untergrund und ohne breite Wirkung. Trotzdem: Die Geschichte eidgenössischer Urnengänge lehrt, dass keine Gegnerschaft unterschätzt werden darf und dass befürworterische Lethargie äusserst gefährlich ist, weil die Stimmbeteiligung tief bleiben könnte, was na-

turgemäss den stark mobilisierten Gegnern das Terrain ebnet. Die Vorlage benötigt das doppelte Mehr von Volk und Kantonen, um akzeptiert zu werden. Deshalb darf trotz mangelnder öffentlicher Polarisierung die Abstimmung vom 21. Mai nicht geschwänzt werden!

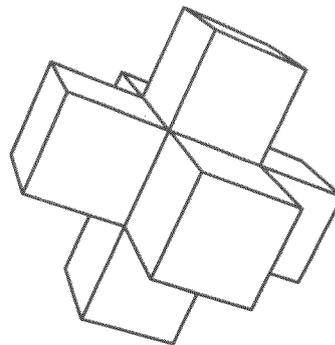
### **Für eine intelligente Schweiz – der Beitrag der FDP**

Die FDP leistet ihren Beitrag im Rahmen einer eigenen Pro-Kampagne für den 21. Mai. Nachdem bereits die DV in Glarus am 31. 3./1. 4. der Bildung gewidmet war, wirbt seither ein eigens eingerichteter Auftritt auf [www.intelligenteschweiz.ch](http://www.intelligenteschweiz.ch) für die Bildungsverfassung. Eine Mobilisierungskampagne der vielköpfigen Bewegung «Intelligente Schweiz» begleitet dieses Kernstück der FDP-Kampagne in verschiedenen Medien.

### **Parole der FDP Schweiz zur Bildungsverfassung: JA**

gefasst anlässlich der Delegiertenversammlung vom 31. März 2006 in Glarus.

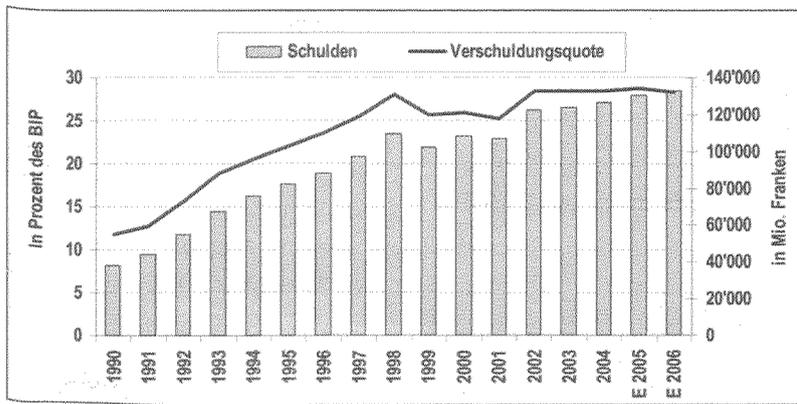
[www.intelligenteschweiz.ch](http://www.intelligenteschweiz.ch)



Bundesfinanzen

# Richtiger Schritt, aber falscher Begriff

Der Bundesrat will, dass die Bundesausgaben bis zum Jahr 2015 nur noch im Rahmen des Wirtschaftswachstums steigen. Dieser Entscheid ist vernünftig. Völlig falsch ist aber, wenn man dies als «Sparen» bezeichnet



Verschuldungsquote des Bundes zwischen 1990 und 2006.

Quelle: Eidg. Finanzdepartement

Von Christian Weber,  
Pressechef FDP Schweiz

Eigentlich ist es eine Binsenwahrheit, dass man längerfristig nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt. Diese Wahrheit wird bei den öffentlichen Kassen allerdings regelmässig ignoriert. Die Folge davon sind Schulden, welche angehäuft und an die kommenden Generationen weitergereicht werden.

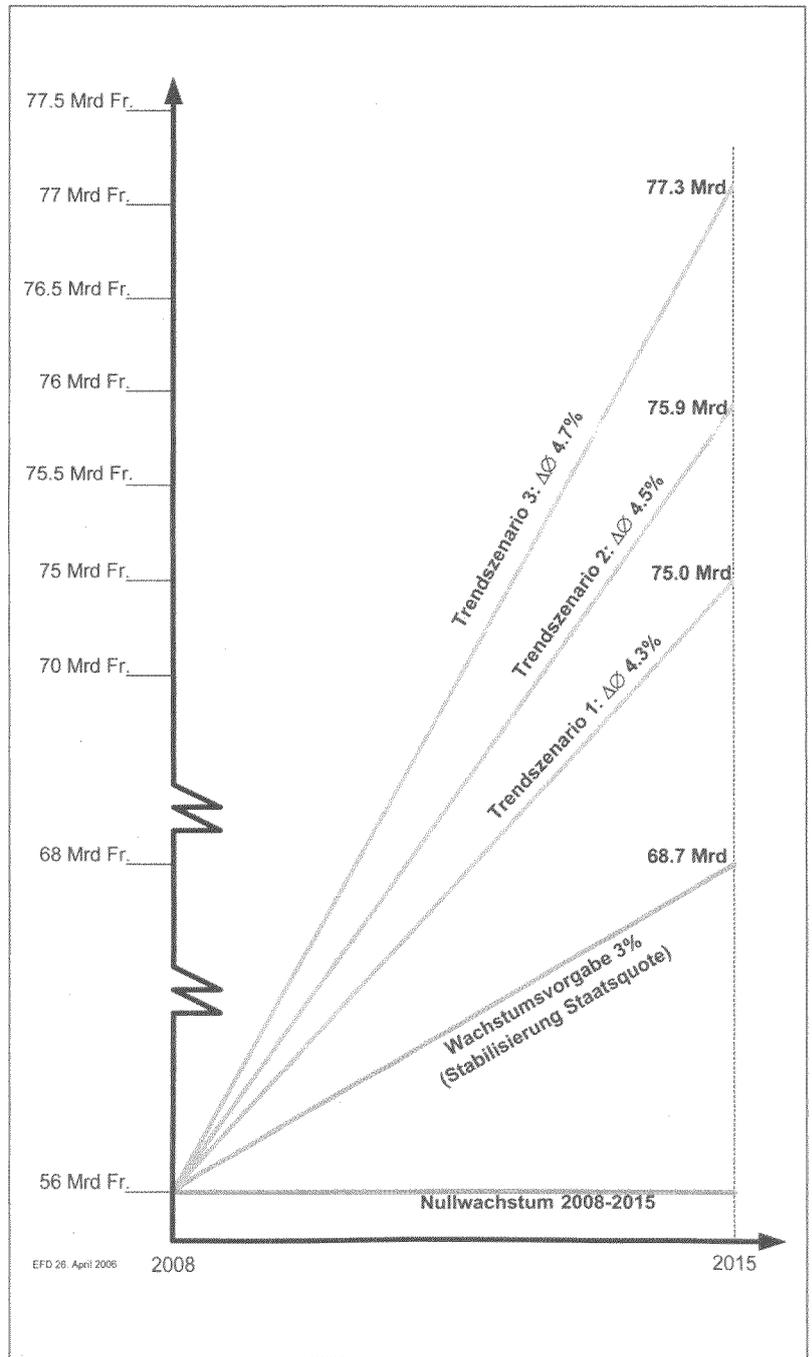
### Gegensteuer

Bundesrat Hans-Rudolf Merz gibt nun Gegensteuer. Er will, dass die Ausgaben bis ins Jahr 2015 nicht wie prognostiziert auf bis zu 77,3 Milliarden Franken pro Jahr steigen, sondern nur auf 68,7 Milliarden (siehe Abbildung). Dies käme einem Ausgabenwachstum von 3 Prozent gleich. In dieser Grössenordnung soll auch das Wirtschaftswachstum liegen. Der Finanzminister strebt damit eine Stabilisierung der Staatsquote an. Es ist sehr wichtig, dass dieses Ziel ins

Auge gefasst und hartnäckig verfolgt wird, damit der Schuldenberg nicht weiter anwächst.

### Sparen?

Diese Stabilisierung der Staatsquote wurde als Sparvorlage bezeichnet, mit der entsprechenden linken Rhetorik, man wolle den Staat zu Tode sparen. Mit Sparen hat dieser Vorgang aber rein gar nichts zu tun. Ein kleines Rechenbeispiel verdeutlicht dies: Eine Familie hat ein Einkommen von 80 000 Franken. Anfang Jahr stellt sie ein Budget mit allen Begehrlichkeiten auf und kommt auf Ausgaben von 100 000 Franken. Daraufhin werden Ausgaben für 20 000 Franken wieder aus dem Budget gestrichen. Die Familie gibt also gleich viel aus, wie sie einnimmt. Ins Sparkässeli fliesst aber kein einziger Franken.



Entwicklung der Bundesfinanzen 2008–2015 je nach Szenario.

Quelle: Eidg. Finanzdepartement

### Zum Artikel «Europa und die Mehrwertsteuer» aus «Freisinn» Nr. 4

Die von den EU-Staaten verlangte Minimalsteuer von 15% beruht nicht auf irgendeinem fiskalpolitischen Dogma, sondern soll den Handel im Binnenmarkt erleichtern. Ziel ist, dass die Steuer nur noch im Ursprungsland erhoben und bei Überschreiten der Binnengrenzen nicht mehr, wie beim Export in Drittländer, zurückerstattet wird.

Bei einem EU-Beitritt der Schweiz stünde der Mehrertrag – nach Abzug der Zahlungen an die EU, deren Höhe erst nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen feststände

– zur Disposition der Politik. Entscheide über die Verwendung dieser Mittel müssten frühzeitig gefällt werden, damit die Argumente in den Beitrittsentscheid einfließen könnten. Falsch wäre, mit dem Geld die Staatsquote zu erhöhen, d.h. neuen Ausgabenbegehren stattzugeben.

Hingegen wäre eine Neuauflage der im Jahr 2004 gescheiterten Steuerreform mit den möglichen und nötigen Korrekturen durchaus denkbar. Der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung von Verheirateten und Konkubinatspaaren

könnte endlich und ohne zusätzliche Belastung von Einpersonenhaushalten realisiert werden. Weit im Vordergrund müsste jedoch die Herabsetzung der AHV-Finanzierung über Lohnzuschläge stehen. Damit würden zwei wünschenswerte Ziele erreicht: Erstens würden unsere hohen Arbeitskosten reduziert und dadurch unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten verbessert. Zweitens wäre ebenso wichtig, dass, im Hinblick auf die demographische Entwicklung, die Finanzierung der Altersvorsorge nicht mehr auf immer weni-

ger Aktive konzentriert, sondern auf alle Altersgruppen verteilt würde. Das wäre eine einmalige Chance, die Finanzierung unserer ersten Säule auf eine dauerhaftere Basis zu stellen und erst noch in dem Masse problemlos, wie die Erhöhung der MWSt, wie oben erwähnt, dank dem Abbau von Monopolen mit tieferen Warenpreisen kompensiert würde. Von einer unsozialen Steuer könnte keine Rede mehr sein.

**Hugo Bohny, Feldmeilen**

### Zur Amtsdauer der Bundesbehörden

Nach Art. 145 der Bundesverfassung werden die Bundesräte für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Wer das Amt annimmt, übernimmt damit auch grundsätzlich die Pflicht, dasselbe vier Jahre lang auszuüben. An den meisten Orten bedarf ein Rücktritt während der Amtsdauer der Zustimmung durch ein übergeordnetes Organ und muss daher vom Zurücktretenden (z. B. mit gesundheitlichen Beschwerden) begründet werden. In letzter Zeit hat sich allerdings bei den Bundesbehörden der Brauch entwickelt, dass Amtsträger frei nach Belieben ihren Rücktritt erklären und gleich noch den Termin für die Bestimmung der Nachfolge festlegen. Das verstösst meines Erachtens gegen den Sinn der Verfassungsvorschrift über die Amtsdauer. Besonders problematisch scheint mir beim Rücktritt von Bundesrat Deiss sein Hinweis, dass er absolut beschwerdefrei und recht kurzfristig sein Amt niederlegen wolle. Einzige plausible Begründung ist Wahltaktik im Interesse seiner Partei. Muss dies als Rücktrittsgrund akzeptiert werden? Meines Erachtens hätte die Bundesversammlung hierzu ein Wörtchen mitzureden.

**Alexander Willi, Kriens**

### Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Ihnen ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform.

#### Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Es werden ausschliesslich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

#### Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn»  
z. H. Eliane Gnägi, Postfach 6136, 3001 Bern  
gnaegi@fdp.ch

### Renten-Einkommen

Die steuerbaren Renten-Einkommen sollen zur Sanierung der IV und zur Sicherung der AHV beitragen. Ab dem Steuerjahr 2001 mussten die AHV-Renten zu 100% (vorher 80%) versteuert werden. Dadurch gab es für Rentner eine massive Erhöhung der Staats- und Gemeindesteuern. In den Medien war so gut wie keine Reaktion zu vernehmen. Viele Rentner machten die Faust im Sack. Wie immer wieder festgestellt wird, sind Renten-Einkommen oft höher als Arbeits-Einkommen. Beiträge aus den Renten-Einkommen können mit der heutigen, computerisierten Verwaltungstechnik mit wenig Aufwand einkassiert werden. Die Arbeitgeber wollen keine Aufstockung der Mehrwertsteuer.

**Anton Vogt, Erschwil**

### REWI-Minis mit FDP-Aufkleber (neues Logo)

**aussen knackig schokoladig –  
innen cremig weich**

- Schachteln à 240 Stück  
Fr. 65.–
- Schachtel à 20 Stück Fr. 6.–

zuzüglich Porto und Verpackung

#### Bestelladresse

FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern  
E-Mail: aebischer@fdp.ch  
Tel. 031 312 33 04



Einheitskassen-Initiative

# NEIN zur gefährlichen Einheitskassen-Initiative

## Die FDP fordert nachhaltige Reformen für mehr Gesundheitsqualität und erteilt dem Einheitsbrei der Linken eine Absage

Von **Petra Studer**, stv. Leiterin Bereich Fraktion & Politik, FDP Schweiz



**Petra Studer**

Mit ihrer Volksinitiative «für eine soziale Einheitskasse» verfolgen linke Kreise zwei Ziele: die Einrichtung eines nationalen Krankenkassenmonopols für die obligatorische Krankenversicherung und die Finanzierung durch von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten abhängige Prämien. De facto bedeutet dies einerseits die Abschaffung von Wettbewerb und Wahlfreiheit im Gesundheitswesen und andererseits die Einführung einer neuen Einkommens- und Vermögenssteuer.

Auch der an den schweizerischen Solidaritätsgedanken appellierende Aufruf der SP nach einer «AHV fürs Gesundheitswesen» kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein solcher Systemwechsel gravie-

rende Auswirkungen auf die Gesundheitskosten und die Qualität der medizinischen Leistungen hätte. Die Bürgerinnen und Bürger würden aufgrund des Einheitspreises jegliche Freiheit bei der Wahl ihres Versicherers verlieren. Die heute bereits bestehenden (und eines

weiteren Ausbaus bedürftigen) Anreize für ein verantwortungsvolles und kostenbewusstes Verhalten – sowohl seitens der Versicherten als auch der Leistungserbringer – würden nach Wegfall des regulierten Wettbewerbs wesentlich geschwächt, was die Kostenexplosion im Gesundheitswesen weiter ankurbelt und den Prämiendruck verschärft. Die gleichen Schlüsse zieht auch eine neue gesundheitsökonomische Studie, die besagt, dass eine Einheitskasse tendenziell zu über dem heutigen Durchschnitt aller Kassen liegenden Prämien führen würde. Nicht zuletzt würde unter den wettbewerbsfernen Rahmenbedingungen auch das Innovationsverhalten gebremst, was nicht nur für die Patientinnen und Patienten, welche die bestmögliche medizinische Behandlung wünschen, problematisch ist, son-

dern auch für den auf eine gesunde Forschungsbranche angewiesenen Wirtschaftsstandort Schweiz.

Die Linke zielt mit ihrer Einheitskassen-Initiative also nachweislich in eine falsche Richtung und setzt die Errungenschaften unseres qualitativ hochstehenden Gesundheitswesens aufs Spiel. Nur mit nachhaltigen Reformen, die nun auf Bundesebene sowie in den Kantonen dringend eingeleitet werden müssen, kann allen Bürgerinnen und Bürgern der freie Zugang zu bestmöglichen Gesundheitsleistungen gewährleistet und das Kostenwachstum längerfristig kontrolliert werden.

Ist der Einheitsbrei einmal ausgelöffelt, so mögen hoffentlich auch die linken Kräfte genügend gestärkt sein, um am Reformstrick mitzuziehen!

Siehe auch Seite 10.

## Kurz und bündig

### Anreize schaffen

Die FDP befürwortet die Senkung der Steuern auf Erd- und Flüssiggas und die vollständige Steuerbefreiung von Biogas, wie dies der Bundesrat bei der Änderung des Mineralölsteuer-Gesetzes vorschlägt. Damit wird ein wirkungsvoller Anreiz geschaffen, um diese Energiequellen vermehrt zu nutzen. Im Sinne eines Gesamtkonzepts ist auch Diesel bevorzugt zu behandeln. Durch den geringeren Treibstoffverbrauch von Dieseln im Vergleich zu Benzin-Fahrzeugen wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt. Das Feinstaubproblem bei Dieselfahrzeugen lässt sich mit einer Partikelfilterpflicht für Neufahrzeuge lösen.

### Viele Baustellen

Am 27. April hat Bundesrat Joseph Deiss seinen Rücktritt bekannt gegeben. Die FDP hat Deiss als Mann gewürdigt, der die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg gesucht hat. Gemeinsam mit ihm konnte die FDP grosse aussenpolitische Erfolge erzielen (Bilaterale, Uno). Sein Rücktritt kommt aber zu einem überraschenden Zeitpunkt, gibt es doch im Volkswirtschaftsdepartement noch sehr viele offene Baustellen. Die Wachstumspolitik ist erst zögerlich angelaufen, die Aussenwirtschaftspolitik steht vor grossen Herausforderungen (z. B. WTO, Landwirtschaftsabkommen mit der EU), auch in der Landwirtschaft sind mit der neuen Agrarpolitik mehr Fragen offen als beantwortet und im Bereich des Technologietransfers (KTI) agierte Deiss nicht immer glücklich. Auf den Nachfolger oder die Nachfolgerin kommen deshalb grosse Aufgaben zu.

Einheitskrankenkasse

## Wahlfreiheit statt Einheitsbrei!

Die linke Initiative für eine Einheitskrankenkasse will die Wahlfreiheit bei den Krankenkassen abschaffen. Anstatt Vielfalt soll es Einheitsbrei geben. Die FDP kämpft dagegen – auch mit unkonventionellen Aktionen.

Lieber einen Löffel des grünlichen Einheitsbreis oder Auswählen zwischen verschiedenen Süssigkeiten? Die FDP hat am Tag der Debatte im Nationalrat vor dem Bundeshaus den Tisch gedeckt. Die vorbeigehenden Parlamentarie-

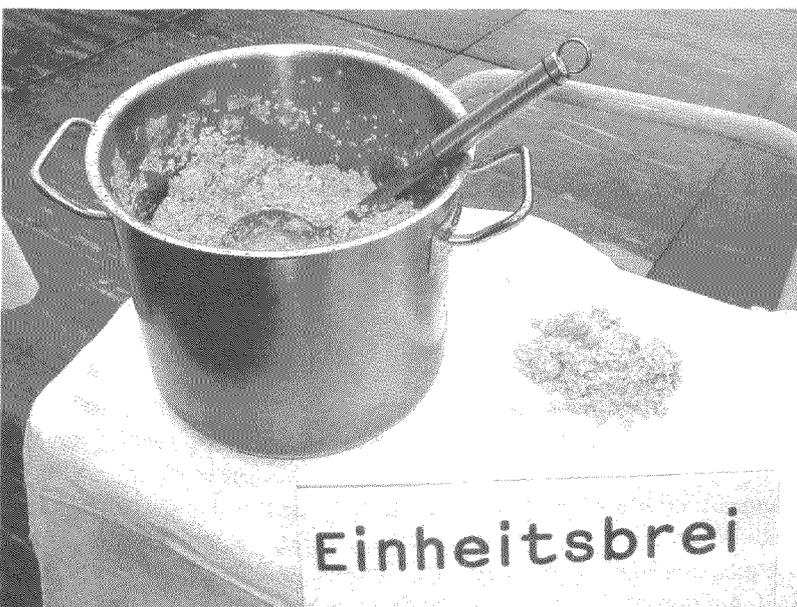
rinnen und Parlamentarier liessen sich die Süssigkeiten schmecken und machten sich auf den Weg ins Bundeshaus zur Sondersession. Den Einheitsbrei wollte niemand probieren, nicht einmal die glühendsten Initiativ-Befürworter.



Wer die Wahl hat – hat nicht die Qual.



Auch CSP-Nationalrat und Befürworter der Einheitskasse Hugo Fasel (links) nimmt von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder Bär und FDP-Nationalrat Pierre Triponez lieber die Süssigkeiten als den Einheitsbrei.



Wie unappetitlich...

Wort des Monats

## Nachhaltigkeit

Oft wird der Begriff «Nachhaltigkeit» von Umweltschutzorganisationen verwendet, um eine radikale Umweltschutzpolitik zu fordern. Dies ist ein klarer Missbrauch des Begriffs. Nachhaltigkeit bedeutet, dass für künftige Generationen der Gestaltungsspielraum erhalten wird. Dies betrifft das Thema Umwelt, indem der Erhalt von attraktiven Lebensräumen gefördert wird. Dies hat aber nichts damit zu tun, dass die Schweiz unter eine ökologische Käseglocke gestellt wird. Vielmehr soll die Umwelt mit Weit-

blick gestaltet werden. Nachhaltigkeit ist aber nicht nur in der Umweltpolitik von Bedeutung. Insbesondere in der Finanzpolitik ist Nachhaltigkeit ein wichtiges Leitmotiv. Auch hier geht es darum, mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik in der Gegenwart, den kommenden Generationen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Das permanente Anhäufen von Schulden ist das Gegenteil einer nachhaltigen Finanzpolitik. Dadurch werden den nachfolgenden Generationen Schuldenfesseln angelegt.

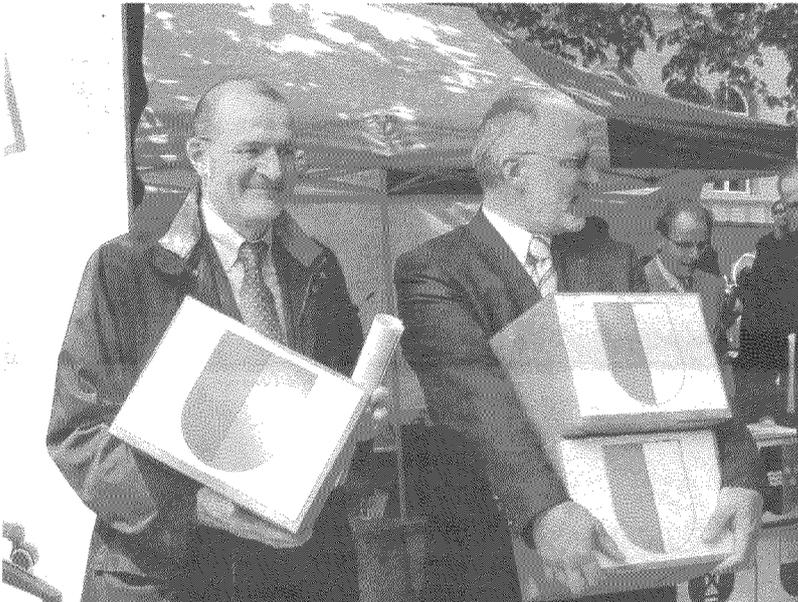


# 119 846 Unterschriften für FDP-Initiative

Die erste Volksinitiative der FDP seit längerer Zeit steht. Am 11. Mai 2006 wurde sie in Bern bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Mit der Verbandsbeschwerde-Initiative hat die FDP ein Thema aufgegriffen, das den Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist. Der erste Schritt für die Verwesentlichung des Verbandsbeschwerderechts ist getan – als Nächstes wird sich der Bundesrat zur Initiative äussern, bevor dann das

Volk entscheidet. Auch die Gaumenfreuden kamen bei diesem Anlass nicht zu kurz. Vor der Bundeskanzlei wurde Raclette aufgetischt und mit Weisswein auf die Einreichung der Unterschriften angestossen.



FDP-Parteipräsident Fulvio Pelli (links) und Georges Theiler, Nationalrat FDP/LU, mit «ihren» Unterschriften.



Das Raclette schmeckte herrlich...

## Die Volksinitiative lautet:

I  
Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 30a Verbandsbeschwerderecht (neu)

Das Verbandsbeschwerderecht in Umwelt- und Raumplanungsangelegenheiten nach den Artikeln 74–79 ist ausgeschlossen bei:

- a. Erlassen, Beschlüssen und Entscheidungen, die auf Volksabstimmungen in Bund, Kantonen oder Gemeinden beruhen;
- b. Erlassen, Beschlüssen und Entscheidungen der Parlamente des Bundes, der Kantone oder Gemeinden.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 2 (neu) 2. Übergangsbestimmungen zu Art. 30a (Verbandsbeschwerderecht)

1. Artikel 30a tritt spätestens auf Ende des der Volksabstimmung folgenden Jahres in Kraft.
2. Der Bundesrat kann einen früheren Zeitpunkt ansetzen.

Hinweis: [www.wachstum.ch](http://www.wachstum.ch)

## Das Wichtigste in Kürze

Mit der Volksinitiative soll eine neue Bestimmung in die Bundesverfassung aufgenommen werden, wonach das Verbandsbeschwerderecht in Umwelt- und Raumplanungsangelegenheiten gemäss Art. 74–79 BV ausgeschlossen ist bei:

1. Erlassen, Beschlüssen und Entscheidungen, die auf Volksabstimmungen in Bund, Kantonen oder Gemeinden beruhen.
2. Erlassen, Beschlüssen und Entscheidungen der Parlamente des Bundes, der Kantone oder Gemeinden.

Diese wirkungsvolle Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts führt zur Verbesserung des schweizerischen Investitionsklimas und somit zu mehr Arbeitsplätzen. Einige Umweltverbände missbrauchen das Verbandsbeschwerderecht als Verzögerungs- und Verhinderungsinstrument.

Bundeskinderzulagen

## Unterschreiben Sie das Referendum gegen Bundeskinderzulagen!

Der ungebremste Ausbau des Sozialstaats reisst immer grössere Löcher in den Staatssäckel und in die Kassen von Unternehmern und Erwerbstätigen.

Von Nationalrat Pierre Triponez,  
Präsident der sozialpolitischen  
Kommission des Nationalrats

Und nun sollen auch noch Bundeskinderzulagen eingeführt werden. Dagegen haben die wichtigsten Wirtschaftsverbände der Schweiz das Referendum ergriffen. Unterstützen Sie dieses, lassen Sie Ihren Partner, Ihre Freunde und Bekannten mitunterzeichnen und senden Sie Ihren Unterschriftenbogen umgehend zurück! Jede Unterschrift zählt!

Die kantonale Ausgestaltung der Familienzulagen hat sich bestens bewährt. Rund zwei Millionen Zulagen werden pünktlich ausgerichtet, das Leistungsniveau ist auch im internationalen Vergleich sehr hoch. Jede Einmischung des Bundes ist fehl am Platz und muss entschieden abgelehnt werden. Die freisinnige Fraktion der eidgenössischen Räte hat den Kampf gegen die Einführung von Bundeskinderzulagen zu einem Geschäft von strategischer Bedeutung erhoben. Alle liberal denkenden Mitbürgerinnen und Mitbürger sind aufgerufen, das Referendum zu unterstützen. Damit soll erreicht werden, dass das Familienzulagengesetz, das die Finanzkraft der einheimischen Wirtschaft und des Gewerbes eklatant angreift, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.

Argumente gegen das Familienzulagengesetz gibt's zuhauf...

### Teuer und schädlich

Das neue Gesetz verursacht massive Mehrkosten von jährlich rund 700 Millionen Franken. Wirtschaft und Steuerzahler dürfen nicht noch stärker geschröpft werden. Die Mehrkosten der Familienzulagen überstiegen die Steuer-



Pierre Triponez

erleichterungen der Unternehmenssteuerreform. Das Wirtschaftswachstum würde bereits wieder gefährdet.

### Keine neue Sozialversicherung

Der Sozialstaat kommt uns immer teurer zu stehen. Dabei stecken IV, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung in erheblichen Finanzproblemen. Auch in der AHV sind die Finanzierungsperspektiven düster. Es wäre daher eine grosse Dummheit, weitere Sozialwerke zu schaffen, bevor die bestehenden finanziert sind.

### Kein höheren Lohnabgaben und Steuern

Mit einer neuen Sozialversicherung auf Bundesebene steigt der

Finanzierungsbedarf. Zusätzliche Lohnabzüge und Steuererhöhungen wären die Folge. Ansonsten stiege die Staatsverschuldung. Die Zukunft unserer Kinder darf aber nicht aus Schuldenbergen bestehen.

### Bevormundung der Kantone

Die kantonale Ausgestaltung der Familienzulagenregelungen hat sich bewährt. Die in der Schweiz ausbezahlten Kinderzulagen liegen weit über dem europäischen Durchschnitt. Es darf nicht sein, dass eine zentralistische Bundeskinderzulagenregelung unser gut funktionierendes, flexibles und bürgernahes System, um das wir im Ausland beneidet werden, gefährdet. Eine Entmündigung und Teilentmachtung der Kantone ist nicht angebracht.

Aus diesem Grund lehnt auch der Bundesrat die Bundeskinderzulagen ab.

### Keine zusätzlichen Sozialtransfers ins Ausland

Die schweizerischen Kinderzulagen sind höher als in den meisten europäischen Ländern. Bereits heute werden 230 000 Kinderrenten ins Ausland ausbezahlt. Damit geht rund eine halbe Milliarde Franken an Kaufkraft im Inland verloren. Mit dem Gesetz würde noch mehr Geld abfließen. Wir wollen nicht, dass wir mit unseren Steuergeldern nun auch noch für Kinderzulagen an Nichterwerbstätige aufkommen müssen – erst recht nicht, wenn diese im Ausland leben.

### Keine neuen Giesskannen

Schliesslich würden die vorgesehenen Bundeskinderzulagen nach dem Giesskannenprinzip ausgerichtet. Grosse Summen würden sozialpolitisch nutzlos versickern. Solchen Luxus können und wollen wir uns nicht mehr leisten. Die knappen Mittel müssen gezielter und bedürfnisgerechter eingesetzt werden – für Familien und Kinder.

Bundeskinderzulagen sind zu viel des Guten. Die FDP-Fraktion hat diese Vorlagen in den Schlussabstimmungen sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat nahezu einstimmig abgelehnt. Unterstützen auch Sie das Referendum und lassen Sie dem Komitee umgehend möglichst viele Unterschriften zukommen. Herzlichen Dank.

## Joyeux anniversaire

Die FDP-Frauen Genf feiern ihr 50. Jubiläum

Die FDP-Frauen Schweiz gratulieren der «groupe radical féminin genevois» herzlich zum 50-jährigen Bestehen. Damit gehören die Genfer Frauen neben den Stadt-Zürcher FDP-Frauen (Gründungsjahr 1935) zu den ältesten freisinnigen Frauengruppen.

Ein solches Jubiläum ist ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen und sich Ziele für die Zukunft zu setzen. Aber natürlich auch ein Grund zum Feiern! Im Jahr 2004 hat sich die



FDP Genf der Frauenfrage bewusst angenommen und verschiedene Massnahmen zur Förderung in die Wege geleitet. Mit beachtlichem Erfolg, wie sich schon bei den Wahlen 2005 zeigte.

Wir wünschen den FDP-Frauen Genf weiterhin viel Engagement und Durchsetzungskraft und hoffen auf eine enge Zusammenarbeit mit den FDP-Frauen Schweiz in der Zukunft. (bp)

**Herzlichen Glückwunsch an die Genfer FDP-Frauen zum 50-jährigen Bestehen.**

## Bravo, Christa Markwalder!

FDP-Frau wird NEBS-Präsidentin



**Überaus engagiert und kompetent, Nationalrätin Christa Markwalder (BE).**

Anfang Mai wurde die Bernerin Christa Markwalder als Nachfolgerin von FDP-Nationalrat Yves Christen zur Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (NEBS) gewählt. Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich riesig für die engagierte 30-jährige Nationalrätin. Christa Markwalder bleibt den FDP-Frauen selbstverständlich als Geschäftsleitungsmitglied und Co-Präsidentin der FDP-Exponentinnen erhalten. Die FDP-Frauen gratulieren «ihrer» Nationalrätin zur Wahl und danken ihr bei dieser Gelegenheit auch herzlich für ihr unermüdliches Engagement zugunsten der Frauen und des Freisinns.

Podium

## Überwinden die Frauen die politischen Gräben?

Von **Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz**

Viele hoffen, aber kaum jemand glaubt daran, dass die Frauen die politischen Gräben zu überwinden vermögen. So (leider) das Fazit einer Podiums-Veranstaltung in Genf, an welcher auch FDP-Frauen und Vertreterinnen der Liberalen Partei teilgenommen haben.

Die Erfahrung zeigt, dass die überparteiliche Zusammenarbeit in Sachthemen sehr gut funktioniert. Zu verweisen ist etwa auf die Abstimmung über die Fristenregelung oder den Mutterschaftsurlaub. Sobald es aber um Wahlen geht, endet die Frauensolidarität, und die Gräben verlaufen scharf entlang den Parteigrenzen. Gerade bürgerliche Politikerinnen mussten diese bittere Erfahrung machen. So auch die ehemalige Regierungsrätin der Liberalen Partei in Genf, Micheline Spoerri. Obwohl sie im November 05 als einzige Frau zur Wahl antrat, verweigerte ihr die Mehrheit der linken Frauen die Unterstützung und mobilisierte zugunsten der ausschliess-



**Auf dem Podium: Die Generalsekretärin Barbara Perriard vertrat die FDP-Frauen.**

lich männlichen Kandidaten der SP und der Grünen. Nur gerade die links-feministische Gruppierung «les femmes en colère», also die zornigen Frauen, machten sich für Spoerri stark. Micheline Spoerri wurde abgewählt, und heute wird der Kanton Genf – wie auch die Stadt Genf – einzig von Männern regiert.

### Mentale Firewall

Die mentale «Firewall» der meisten linken Frauen gegenüber bürgerlichen Frauen manifestierte sich auch jüngst in den Äusserungen der SP-Fraktionschefin Hildegard Fässler gegenüber der Bundesratskandidatin Doris Leuthard. Sie sprach von einer «unspektakulären Wahl einer politisch unspektakulären Frau».

### Und die Moral von der Geschichte?

Wollen die Frauen etwas erreichen, so müssen sie Allianzen schmieden. Die FDP-Frauen unterstützen deshalb als liberale Frauenlobby die Kandidatur Leuthards. Wer meint, mit der Wahl einer zweiten Frau in den Bundesrat schwinde der Druck, Frauen bei künftigen Vakanzern zu portieren, der täuscht sich. Die FDP-Frauen werden zu gegebenem Zeitpunkt auch die eigene Partei aufordern, die Vertretung der Frauen im Bundesrat zu stärken – und zählen dannzumal auf die Unterstützung sowohl der anderen Frauengruppen als auch der Fraktionen.

### Assises du féminisme

5, 6, 7 mai 2006 à l'Uni Mail [www.femmesencolere.org](http://www.femmesencolere.org)



**„Die Rache der Blondinen“ – eine gelungene Fotomontage, die zeigt, dass auch Feministinnen durchaus Sinn für Humor haben.**

Event

## Nicht ohne mein Netzwerk

### 3. Netzwerkveranstaltung der FDP-Frauen am 28. Oktober 2006 ist ein Muss

Von **Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz**

«Frauen ohne Netzwerke» titelte die NZZ ihren Kommentar Anfang Mai zum Rücktritt von Dorothee Fierz aus der Zürcher Regierung. «Auffallend ist, dass Frauen an der politischen Spitze oft noch mehr vereinsamen als Männer. Das System (...) verlangt ein Mindestmass an Distanz zu ihren eigenen Parteien, die sie für die jeweiligen Ämter portiert haben. Männer in Regierungsfunktionen werden aber nicht selten durch Netzwerke aus Wirtschaft oder Militär unterstützt und vor der Isolation bewahrt, während Frauen meistens nicht über gleichwertige Auffangnetze ausserhalb ihrer Amtshäuser verfügen», schreibt NZZ-Inland-Chef Matthias Saxer. Der Kommentator nimmt nicht nur die Exponentinnen selbst, sondern auch die Parteien in die Pflicht, sich rechtzeitig gezielter und stärker um eine Vernetzung zu kümmern.

#### Exponentinnen-Treffen

Die FDP-Frauen haben das Problem erkannt. Als Ergänzung zu den FDP-Frauen Schweiz wurde 1994 das Exponentinnen-Treffen mit der Idee der Stärkung der Netzwerke unter den Regierungsrätinnen, Bundesrichterrinnen und eidgenössischen Parlamentarierinnen ins Leben gerufen. Seit Herbst 2003 stehen NR Christa Markwalder und NR Laura Sadis als Co-Präsidentinnen den

FDP-Exponentinnen vor und Christa Markwalder nimmt in der Geschäftsleitung der FDP Schweiz Einsitz.

#### Bedeutung von Netzwerken

Bereits anlässlich der 1. Netzwerkveranstaltung im Juni 2004 zeigte die Präsidentin der FDP-Frauen, Regierungsrätin Marianne Dürst, die Bedeutung von Netzwerken für Frauen – egal ob politische Newcomerin oder hohe Mandats-trägerin – auf:

– Die Politik ist ein hartes Pflaster. Politische Frauengruppierungen, Zusammenschlüsse wie Frauenvereine, Serviceclubs, Berufsverbände usw. oder informelle Netzwerke können Frauen den Einstieg in die Politik erleichtern. Es ist ein Ort, an welchem die

gleiche Sprache gesprochen wird und ein offener Erfahrungsaustausch stattfinden kann.

Bereits die Feststellung, «nicht allein zu sein», stärkt viele Frauen und ermutigt sie.

– Frauen müssen ihre Beziehungen (ebenso wie Männer) konstant hegen und pflegen. Netzwerke sind nicht statisch. Sie können wachsen oder auseinanderfallen. Die Netzwerkpflege ist eine unerlässliche Daueraufgabe. Es lohnt sich für jede politische Exponentin, sich in ihrer Agenda entsprechende Zeitfenster dafür zu reservieren. Netzwerke sind genauso wertvoll und wichtig wie eine gute partei- und regionalpolitische Verankerung. Sie stützen die eigene politische Arbeit.

– Frauennetzwerke können eine gute Basis für die Rekrutierung und die Sicherung von Nachwuchs darstellen. Insofern haben auch die Parteien ein Interesse an funktionierenden (Frauen-)Netzwerken.

– Durch dichte und gut funktionierende Frauennetzwerke entsteht zudem ein natürlicher «Druck von unten». Dieser permanente Druck von Frauen für Frauen erschwert Ausgrenzungsstrategien.

– Auch starke Frauen haben schwache Momente. Emotionale Unterstützung und Rückhalt sind wichtig. Ein gutes Beziehungs- und Freundschaftsnetzwerk kann dazu beitragen, die eigene Frustrationstoleranz zu steigern. Gerade die zu geringe Frustrationstoleranz führt leider nur allzu häufig dazu, dass sich Frauen nach bereits einer Legislatur zurückziehen und sich nicht zur Wiederwahl stellen.



**Weiss um die Bedeutung von Netzwerken: Präsidentin der FDP-Frauen Marianne Dürst.**

– Schliesslich gilt es Folgendes zu bedenken: Politikerinnen stehen weit mehr als ihre männlichen Kollegen im Schaufenster. Trotz individueller Persönlichkeit und eigener Biographie werden alle Frauen in diesen Positionen miteinander verglichen. «Über einen Leist geschlagen», sozusagen. Wenn es gelingt, mehr Frauen in die entsprechenden politischen Positionen zu bringen, so wird damit die «kritische Masse» überschritten und Normalität hergestellt. Die einzelne Politikerin ist damit weit weniger exponiert.

#### Netzwerkveranstaltung 06

Wie bereits in der April-Ausgabe angekündigt, findet auch in diesem Jahr wieder eine Netzwerkveranstaltung statt. **Bitte reservieren Sie sich schon heute den Samstag, 28. Oktober, für einen spannenden Event rund um die Themen erfolgreiches Campaigning, funktionierende Work-Life-Balance und effizientes Networking.** Die Details folgen rechtzeitig.

Die Einladung richtet sich an alle interessierten Frauen und Männer. Es würde uns freuen, auch eine Vielzahl von nationalen und kantonalen Mandatsträgerinnen begrüßen zu dürfen.

Freitag, 5. Mai 2006 · Nr. 103

13

## Frauen ohne Netzwerk

Das Bild ist nicht ganz neu: Eine Zürcher Freisinnige erklärt vor den Medien ihren sofortigen und nicht freiwilligen Rücktritt aus einem Exekutivamt und zeigt sich von ihrer Partei enttäuscht. So gern die FDP die Frauen auch politisch hat, seit diese wählen und gewählt werden dürfen, so schwer scheint sich die Partei mitunter mit ihnen zu tun, sind sie einmal an der Macht und geraten im Amt in Schwierigkeiten. Die Liste reicht von Bundesrätin Elisabeth Kopp über abgewählte Regierungsrätinnen wie Stefanie Mörkofer, zum Rücktritt forcierte wie nun Dorothee Fierz in Zürich bis hin zur Tessiner Regierungsrätin Marina Masoni, die im Kampf gegen das Regierungskollegium und Teile ihrer eigenen Partei nicht klein beigt. Und es ist auch bei-

**Networking als Strategie: Während Männer auf ihre Netzwerke in Wirtschaft und Militär zurückgreifen, stehen exponierte Frauen häufig isoliert da.**

Quelle: NZZ

Sprachrohr der jfs

# «Accent» – die neue Mitgliederzeitschrift der jungfreisinnigen schweiz

Die jungfreisinnigen schweiz jfs haben soeben ihre neue Mitgliederzeitschrift lanciert. Mit dem «Accent» wollen sie sowohl inhaltlich wie auch ästhetisch hohe Ansprüche zufriedenstellen können.

Von **Simon Hofstetter**, Generalsekretär jfs, Signau Kanton Bern  
Nach mehrjährigem Unterbruch haben die jungfreisinnigen schweiz wieder ihre eigene Zeitung: Unter dem neuen Namen «Accent» sowie mit neuem Konzept und Layout publizieren die jfs nun 3- bis 4-mal jährlich ihre Aktualitäten im Vereins-

organ. In den ersten Ausgaben wird das Hauptgewicht auf je ein Schwerpunktthema (Arbeit und Bildung, Sozialpolitik, Ressourcen) gelegt, daneben berichten die jfs über Veranstaltungen und eigene Dienstleistungen.

Die allererste Ausgabe ist soeben erschienen. Sie legt den

Schwerpunkt auf das neue Positionspapier Arbeit – Bildung der jfs und die Abstimmung über die Bildungsverfassung. Weiter stellen die jfs das neue Vorstandsteam vor, berichten über den LYMEC-Congress in Winterthur und das Webseitenangebot. Die Unterstützungsaufforderung zum Referendum

gegen die Erhöhung der Familienzulagen bildet den Abschluss. Die ersten Ausgaben erscheinen vorerst als PDF-Online-Ausgabe. Sie, werte Leserinnen und Leser, können diese einsehen unter [www.jungfreisinnige.ch](http://www.jungfreisinnige.ch). Auf Ihre Rückmeldungen sind wir sehr gespannt!

6. MAI 2006: SEMINAR SOZIALVERSICHERUNGEN IN ZUERICH S.7

organ der jungfreisinnigen schweiz

**Accent**

01 2006

JA ZUR BILDUNGSVERFASSUNG S.24

DAS NEUE JFS-VORSTANDSTEAM S.5

MANAGING MIGRATION MATTERS! S.6

REFERENDUM FAMILIENZULAGEN S.8

jungfreisinnige schweiz

Accent 01/2006

LYMEC

**Managing Migration Matters!**

von Adrian Ineichen, International Officer

LYMEC Seminar über Migration und Multikulturalismus sowie EC/Congress vom 4. bis 9. April 2006 in Winterthur

Während Annerie Neyts (ELDR-Präsidentin) die Direktwahl des Europäischen Parlamentes und die zahlreichen Einflussmöglichkeiten der Bürger in Europa hervorhob, fokussierte sich Bundesrat Hans-Rudolf Merz in seiner eröffnenden Rede auf einen starken, aber schlanken Staat. Nur so können überflüssige und schwerfällige Strukturen vermieden werden sowie eine bürgerspezifische und subsidiäre Politik umgesetzt werden. Neben der Verabschiedung von 16 Resolutionen, wo u.a. Abschaffung der Gemeinsamen

Rund 40 Europäer trafen sich in Winterthur zu Debatten und Vorträgen rund ums Thema Migration. Dabei war schnell klar, dass vor allem wirtschaftliche Ungleichheiten und Chancen Hauptursache für die heute weltweit geschätzten 185 Mio. Migranten sind, wobei jährlich 6 Mio. dazukommen. Nicht nur die vielfältigen, bereichernden kulturellen Backgrounds, sondern auch Drogen- und Menschenhandel stellen eine Herausforderung für jeden modernen liberalen Staat dar. Angesichts der verschiedenen Meinungen und Ansätze, die durch die Teilnehmer präsentiert wurden, zeigte sich der Ansatz einer gemeinsamen Migration am tragfähigsten. Einesseits wird hier Migration als Chance verstanden, andererseits braucht es aber accommodating guidelines, ohne die wir in einem anarchischen „anything goes“ leben würden. Bekanntlich wurde gegen das neue Asyl- wie auch gegen das Ausländergesetz, die beide in diese Richtung gehen, in der Schweiz das Referendum erfolgreich ergriffen... In ihrer vom Kongress verabschiedeten Resolution forderten die Teilnehmer schliesslich aktive Integrationsmassnahmen von Einheimischen wie Immigranten (v.a. bez. Sprach- und Kulturvermittlung), wobei die Eigenverantwortung der Einwanderer speziell hervorgehoben wurde. Der Congress stand unter dem Motto „Europe in the 21st Century - Closer to the Citizen“.

(stark subventionierten) Agrarpolitik der EU und eine weitergehende Liberalisierung im Rahmen der WTO gefordert wurde, wählte der Congress auch ein neues Bureau (Vorstand). Bilder und Hintergrundberichte zu den LYMEC Events in Winterthur sind zu finden unter [www.lymec2006.org](http://www.lymec2006.org).

Managing Migration: providing a practical coordinating guidelines via Straker

Mitglieder des OK (Fabian Etter, Martin Kuhn, Adrian Ineichen) in angeregter Diskussion.

Das Kongressplenum anlässlich der statutarischen Beratungen vom Wochenende.

jungfreisinnige schweiz

Weiterbildung

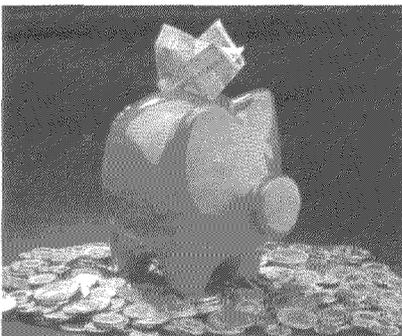
## Jungfreisinnige befassen sich mit der Altersvorsorge

Ist es abnormal, sich als 20-Jähriger an einem Samstagmorgen bei wunderschönem Wetter Vorträge über die Altersvorsorge anzuhören? Ganz und gar nicht, haben sich die 50 jungfreisinnigen und Jung-CVPLer gesagt, welche am Samstag, 6. Mai, in Zürich zum Seminar «Altersvorsorge heute und morgen – Ihr nächstes Wahlkampfthema» getroffen haben.

**Von Silvan Amberg,**  
Vorstandsmitglied jfs St. Gallen

Das Seminar wurde von der Swiss Life in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Sozialpolitik der jungfreisinnigen organisiert und hatte zum Ziel, die interessierten Jungpolitiker für das Thema Sozialwerke zu sensibilisieren und die Grundkenntnisse zu vertiefen.

Nach einem Begrüssungskaffee wurden die Teilnehmer von CEO Dr. Rolf Dörig begrüsst. Dörig betonte die zunehmenden Schwierigkeiten, welche die demographische Entwicklung der Altersvorsorge bereite, und appellierte an die Jungparteien, sich dieses politischen Themas anzunehmen. Aufgrund des politischen Übergewichts



der älteren Bevölkerung drohe hier die Generationengerechtigkeit unter die Räder zu kommen.

Der Begrüssung folgte ein Grundsatzausgangspunkt zum Drei-Säulen-Konzept und seinen politischen Herausforderungen in der Zukunft durch den Leiter Grosskunden, Andreas Zingg. Erstaunlich war hier, wie deckungsgleich die Forderungen der Experten mit den Positionen der jungfreisinnigen waren. Die Arbeitsgruppe Sozialpolitik sieht sich somit einmal mehr auf ihrem Weg bestätigt, auch wenn alle anderen politischen Kräfte das Thema tabuisieren oder verharmlosen.

In zwei parallelen Workshops wurden die Kenntnisse der Jung-

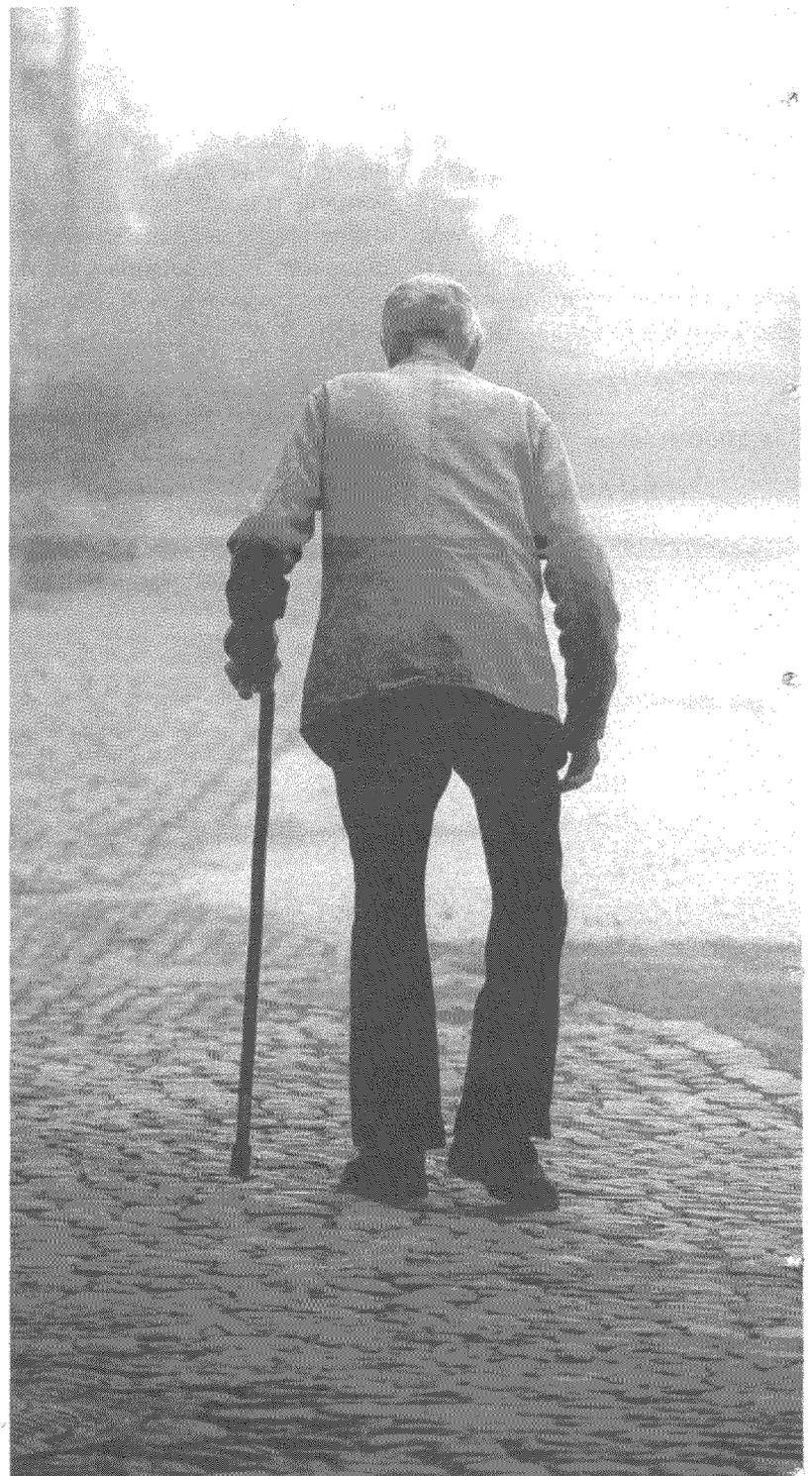
politiker zu den Besonderheiten der AHV und der beruflichen Vorsorge vertieft. Die Zeit verging in den anschaulich gestalteten Workshops wie im Fluge, und nur mit Mühe gelang es Organisator Thomas Helbling, die Teilnehmer wieder zum Abschlussreferat zu versammeln.

Alt-Nationalrat Heinz Allenspach, welcher sich als Vertreter der älteren Generation auf die Seite der Jungen stellte, prangerte in seinem mitreissendem Referat das aktuelle Generationendiktat massiv an

und forderte zahlreiche Anpassungen (Umwandlungssatz, Mindestverzinsung, Mischindex, Rentenalter). Nach einer Zusammenfassung durch Rolf Dörig bestand beim Apéro die

Gelegenheit, sich dort im unkomplizierten Rahmen mit den Experten der Swiss Life auszutauschen.

Der Swiss Life und ihren Exponenten vom Samstag gilt ein grosses Dankeschön für die tolle Organisation dieses motivierenden Anlasses. Wir sind optimistisch, diese Zusammenarbeit auch weiter aufrechterhalten zu können, um gemeinsam für eine nachhaltige Sozialpolitik zu sorgen.



Altersvorsorge: Wohin führt der Weg?

Bilder: Keystone

KOSA-Initiative

# Eine klassische Mogelpackung

Am 24. September gelangt die sogenannte KOSA-Initiative zur Abstimmung. Diese Initiative ist ein dreifacher Angriff: auf die Stabilität des Schweizerfrankens, auf die Kantone und auf die Sicherheit der Sozialwerke

Der Titel der Initiative klingt verlockend: «Nationalbankgewinne für die AHV». Es ist allseits bekannt, dass die AHV in finanziellen Schwierigkeiten steckt, weil aufgrund der zunehmenden Anzahl an Renten-Bezügerinnen und -Bezüger die Ausgaben der AHV

deutlich gestiegen sind. Weshalb also das Geld nicht dort holen, wo es scheinbar in rauen Mengen vorhanden ist: bei der schweizerischen Nationalbank. So einfach diese Idee auch sein mag, sie ist gleich in dreifacher Hinsicht falsch.

## Stabilität des Frankens gefährdet

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat einen klaren Auftrag. Sie führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik des Landes. Damit setzt sie eine grundlegende Rahmenbedingung für die Entwicklung der Wirtschaft. Ziel ihrer Politik ist die Preisstabilität. Dass die Nationalbank im Rahmen ihrer Tätigkeit einen Gewinn erwirtschaftet, ist ein erfreulicher Nebeneffekt, aber weder Ziel ihrer Tätigkeit noch auf alle Zeiten festgeschriebenes Gesetz. Genau dies möchte die KOSA-Initiative nun aber de facto einführen. Wenn das Schicksal der Sozialwerke davon abhängt, dass die Nationalbank einen Gewinn erwirtschaftet, steigt der Druck auf die SNB dies zu tun.

Die Folgen für die Geld- und Währungspolitik wären fatal, der Druck auf den Schweizerfranken würde zunehmen und die Stabilität unserer Währung wäre gefährdet.

## Sicherheit der Sozialwerke gefährdet

Deklariertes Ziel der KOSA-Initiative ist es, die Finanzierung der AHV zu sichern. Die AHV zahlt pro Jahr Renten im Umfang von rund 30 Milliarden Franken aus. Diese Ausgaben werden grösstenteils durch «Mitgliederbeiträge» gedeckt, also durch AHV-Abzüge beim Lohn. Sowohl diese Einnahmen als auch die Ausgaben sind recht gut kalkulierbar. Viel schwieriger zu kalkulieren sind Einnahmen anderer Art, beispielsweise die Gewinne der SNB. Wenn der AHV/IV-Fonds nun aber

in 1000 Franken

	Bei Ablehnung der «KOSA»	bei Annahme der «KOSA»	Differenz
ZH	286423	171854	-114569
BE	215015	129009	- 86006
LU	79127	47476	- 31651
UR	7773	4664	- 3109
SZ	30224	18134	- 12090
OW	7390	4434	- 2956
NW	8662	5197	- 3465
GL	8557	5134	- 3423
ZG	23405	14043	- 9362
FR	56332	33799	- 22533
SO	55034	33021	- 22014
BS	42694	25616	- 17078
BL	59034	35420	- 23614
SH	16583	9950	- 6633
AR	11747	7048	- 4699
AI	3281	1969	- 1312
SG	102712	61627	- 41085
GR	42844	25706	- 17138
AG	125956	75574	- 50382
TG	52086	31252	- 20834
TI	71413	42848	- 28565
VD	146766	88059	- 58706
VS	64070	38442	- 25628
NE	37714	22629	- 15086
GE	96644	57986	- 38657
JU	15180	9108	- 6072
<b>Total</b>	<b>1666667</b>	<b>1000000</b>	<b>-666667</b>



Die KOSA-Initiative ist ein Frontalangriff auf die Stabilität des Schweizerfrankens.

## Die Initiative im Wortlaut

### Eidgenössische Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV»

I  
Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 99 Abs. 4

4Der Reingewinn der Nationalbank geht an den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Vorbehalten bleibt ein Anteil der Kantone von einer Milliarde Franken jährlich; das Gesetz kann diesen Betrag der Preisentwicklung anpassen.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 (neu)

1. Übergangsbestimmung zu Art. 99 Abs. 4 (neu)

Artikel 99 Absatz 4 ist spätestens zwei Jahre nach der Annahme durch Volk und Stände in Kraft zu setzen. Falls die notwendigen Gesetzesanpassungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt sind, erlässt der Bundesrat Ausführungsbestimmungen.

fix auf diese Einnahmen setzt, dann nimmt die Rentensicherheit nicht zu, sondern ab.

### Druck für Steuererhöhungen

Die KOSA-Initiative geht eigentlich davon aus, dass die Gewinne der SNB von dieser gehortet werden. Dies ist aber nicht korrekt. Gemäss Verfassung gehen heute zwei Drittel des Gewinns an die Kantone und ein Drittel an den Bund (siehe Kasten). Dort werden diese Mittel eingesetzt. Wenn sie wegfallen, hat dies auf die Haushalte des Bundes und der Kantone rigorose Auswirkungen. Es ist beispielsweise vorgesehen, dass die Kantone bis 2012 jedes Jahr 1,66 Mia. Franken von der SNB erhalten. Bei einem KOSA-Ja wäre es nur noch 1 Mia. Dies würde alle

Kantone drastisch treffen (siehe Tabelle). Die fehlenden Mittel müssten anderweitig beschafft werden – z.B. via Steuererhöhungen.

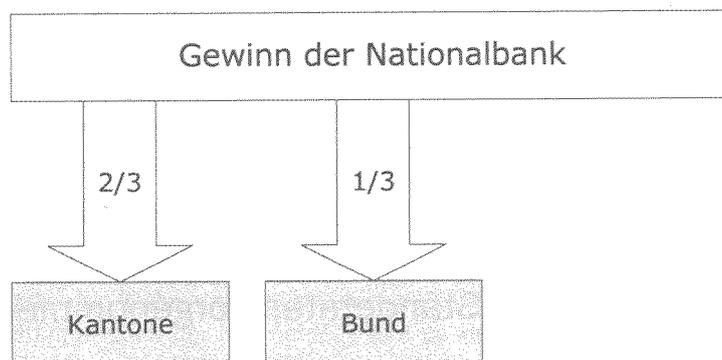
### Intelligenterer FDP-Lösung

Im Rahmen der Gespräche am Eckigen Tisch hat sich die FDP mit den anderen Bundesratsparteien auf eine intelligentere Lösung verständigt: Nach der Ablehnung der KOSA-Initiative und der Verabschiedung einer materiellen IV-Revision, welche die Invalidenversicherung wieder auf gesunde Beine stellt, soll der Bundesanteil aus dem Verkauf des überschüssigen Nationalbankgoldes in den AHV/IV-Fonds fliessen. Damit wird ein echter Beitrag zur Rentensicherheit geleistet.

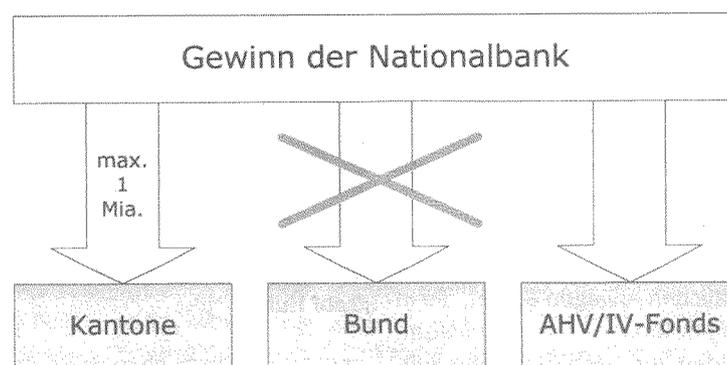
## Parole der FDP Schweiz zur KOSA-Initiative: NEIN

gefasst anlässlich der Delegiertenversammlung in Mendrisio im April 2005

## Verteilung gemäss Verfassung



## Bei Annahme der KOSA-Initiative



Gewinnverteilung der Schweizerischen Nationalbank heute und bei einer allfälligen Annahme der KOSA-Initiative



KOSA-Initiative: Alles andere als ein Beitrag zur Rentensicherheit.

Quelle: Keystone

### Wichtige Detailarbeit in einer komplexen Materie

Der Nationalrat wird demnächst als Zweitrat den Entwurf zur Revision des Umweltschutzgesetzes behandeln, der im Rahmen der parlamentarischen Initiative Hofmann «Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des Verbandsbeschwerderechts» ausgearbeitet wurde. Nachstehend werden die wichtigsten Änderungen erörtert, welche die nationalrätliche Kommission an der Vorlage des Ständerates vorgenommen hat.

Von Nationalrätin Gabi Huber, Uri

#### Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)



Gabi Huber

Die Rechtskommission des Nationalrates (RK-N) beantragt, die vom Ständerat verabschiedete Bestimmung zu streichen, wonach die Behörde vor einer Entscheidung den Umweltverträglichkeitsbericht würdigt und das massgebliche Recht unter Abwägung aller relevanten öffentlichen und privaten Interessen anwendet und andererseits auf die öffentlichen Anliegen achtet, die in parlamentarischen und Volksentscheiden zur gleichen Sache zum Ausdruck kommen. Denn sie betrachtet den ersten Teil dieser Bestimmung für überflüssig und der zweite Teil trägt ihrer Meinung nach dem Umstand nicht Rechnung, dass die Erteilung einer Baubewilligung ein Vollzugsakt ist, der im Sinne des Gesetzes zu erfolgen hat. Im Weiteren beantragt die RK-N, im Umweltverträglichkeitsprüfungsbericht auf die Erwähnung der voraussichtlich belastenden und entlastenden Wirkungen des Vorhabens auf die Umwelt zu verzichten, weil dieses zusätzliche Erfordernis die UVP nur komplizieren würde. Gegen den Mehrheitsbeschluss, dass im Bericht weitere technisch und betrieblich mögliche sowie wirtschaftlich tragbare Massnahmen, die eine zusätzliche Verminderung der Umweltbelastung ermöglichen, aufzuführen sind, formierte sich eine Minderheit. Sie beantragt wie der Ständerat die Streichung dieser Bestimmung, weil sie zu unnötigen Untersuchungen führen würde

und ein Missbrauchspotenzial auf Seiten der Organisationen beinhaltet.

#### Verbandsbeschwerderecht

Die Kommissionmehrheit will an der Bestimmung festhalten, wonach die Behörde das Ergebnis der Vereinbarungen zwischen Gesuchstellern und Organisationen in ihrer Entscheidung aufnimmt. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Behörden solche Vereinbarungen, wenn sie dem geltenden Recht entsprechen, nicht ablehnen können, und dass diese Bestimmung zur Verbesserung der Transparenz der Vorhaben beiträgt. Auf Antrag der FDP-Gruppe erfolgte jedoch gegenüber dem Ständerat eine Neuformulierung, wonach die Behörde das Ergebnis der Vereinbarung zwischen Gesuchsteller und Organisation nicht einfach aufzunehmen, sondern zu berücksichtigen hat. Damit soll erreicht werden, dass Vereinbarungen nicht einfach nach dem Erledigungsprinzip abge-

segnet werden, sondern die Behörde ihre Verantwortung wahrnehmen muss, nachdem neben Privatrecht auch öffentliches Recht Inhalt solcher Vereinbarungen ist.

Im Weiteren beantragt eine starke Minderheit eine neue Bestimmung zum Beschwerderecht vorzusehen, wonach die Behörde den Umweltverträglichkeitsbericht unter Abwägung der relevanten öffentlichen und privaten Interessen würdigt und dabei auf die öffentlichen Anliegen achtet, die in der gleichen Sache in parlamentarischen und Volksentscheiden zum Ausdruck kommen. Damit würde auch eine Verbindung zur Initiative der FDP geschaffen. Keine Mehrheit in der Kommission fand der Antrag, die Anliegen der Verbandsbeschwerderecht-Initiative bereits im Rahmen der laufenden Gesetzesrevision aufzunehmen.

#### Bessere Koordination von Umweltschutz und Raumplanung

Schliesslich wurde auch der von der RK-S eingereichten Motion zugestimmt, welche den Bundesrat beauftragt, im Bereich des Vollzugs und der Gesetzgebung Massnahmen vorzuschlagen, mit denen die Koordination von Umweltschutz und Raumplanung gewährleistet wird. Zudem wurde die Kommission gestützt auf einen Antrag der FDP-Gruppe über den Stand der aufgrund der erwähnten Motion und des Berichts über den Vollzug der UVP und die Bewilligungsverfahren in Aussicht gestellten und bis heute vorgenommenen Prüfungen von Massnahmen in der Gesetzgebung

und im Vollzug informiert. Ganz allgemein wird nämlich zu wenig erkannt, dass das Hauptproblem der schweizerischen Raumplanungs- und Umweltsprechung die mangelhafte Koordination zwischen diesen beiden Rechtsgebieten ist. Unterschiede ergeben sich insbesondere auch aus dem Detaillierungsgrad der Gesetzgebungen. Das Umweltschutzgesetz ist sehr detailliert, das Raumplanungsgesetz hingegen allgemein gehalten. Dies ist im Grunde genommen das effektive Problem hinter dem bloss Vordergründigen des Verbandsbeschwerderechts. Wenn der sich am Verbandsbeschwerderecht manifestierende Konflikt zwischen Umweltschutz und Raumplanung bereits auf höherer Stufe und früher geregelt werden könnte, würde vieles entschärft.

Rückmeldungen zum neuen Erscheinungsbild

# Reaktionen auf den neuen «Freisinn»



Dank der klaren Gestaltung des «Freisinn» ist er für Sehbehinderte leichter lesbar. Sie lässt der Kantonalpartei Freiräume für die eigenen Beiträge. Persönlich würde ich das dynamische Schweizerkreuz mit den Farben des jeweiligen Kantons verändern. Ich bin liberal, weil ich die Mitmenschen achte.

**Pascale F. Amrein-Senn, Emmen**

Ich finde den neuen Stil zeitgemäss und angebracht. Die Weiterentwicklung des FDP-Schriftzuges ist gut, nicht revolutionär, aber in Ordnung. Auch den Claim «Wir Liberalen» finde ich notwendig. Über Typos kann man geteilter Meinung sein, doch wichtiger ist, die Freisinnigen aufzurütteln und der Schweiz zu zeigen, dass es mit dem Freisinn vorwärts geht. Gar nicht anfreunden kann ich mich mit dem unmotivierten Schweizerkreuz in Drahtdarstellung. Dieses passt überhaupt nicht zum Layout und der Schrift.

**Stephan Gürtler**

Der neue Auftritt des «Freisinn» ist recht fad und dünn geraten. Ich vermisse vor allem den rot-weiss-blauen Farbtupfer. Das offenbar symbolische fliegende dreidimensionale Schweizerkreuz hat meines Erachtens keine wirkungsvolle Kennzeichnungskraft. Damit ist natürlich nichts zum Inhalt gesagt, den ich sehr gut finde. Aber auch diesbezüglich sind die dünnen fadblauen Titel eher ein Ablöschler. Die FDP darf ihre Auftritte im schriftlichen Auftritt wie auch rhetorisch ruhig wuchtiger gestalten. Die FDP und ihre Ansichten sollten öfter gehört werden.

**Yvonne Hintermeister**

Hoffentlich werden wir so dreidimensional wie das Logo und bleiben nicht eindimensional auf der Finanzschiene! (Leider wird in meinem Bekanntenkreis die FDP nur als Finanz- und Wirtschaftsvertreter wahrgenommen, statt als staatstragende und weiterentwickelnde Partei.) Das neue Logo kann von gewieften Journalisten und PR-Fachleuten ansonsten mit einer starken Wirkung gegen die FDP verwendet werden.

Die abgebildeten Informationsblätter wirken luftig und übersichtlich. Wichtig ist auch, dass der neue Auftritt in Farbe und schwarzweiss verwendet werden kann.

Der neue «Freisinn» ist gut lesbar und übersichtlich.

Gratuliere zum neuen Erscheinungsbild!

**Emanuel Rohner, Berikon**

Der neue Auftritt der FDP gefällt mir gut! «Wir Liberalen» ist grundsätzlich ein Claim, mit dem ich mich identifizieren kann – und bei den Statements auf der Internetseite gibt es viele sympathische, junge und lockere Gesichter... Wie ernüchternd, wenn ich mir dann die Vertretung der FDP im National- und Ständerat ansehe, praktisch keine Frauen und abgesehen von Christa Markwalder auch keine jungen. DAS ist leider der Grund, weshalb ich mich mit FDP-Wählen immer schwer tue, obwohl die Partei mir ideologisch eigentlich am nächsten steht. Eine Verjüngungskur, wie sie Herr Pelli offenbar anstrebt, tut also dringend Not, wenn die FDP neue und vor allem jüngere Wählerkreise erschliessen möchte – ich hoffe sehr, dass ich bei den anstehenden Wahlen den Zettel endlich mit gutem Gewissen für die FDP einwerfen kann und nicht noch ein paar Grüne als Ausgleich dazu wählen muss.

**Valentin Greutert**

Für mich ist auch mit dem neuen Leitbild nicht klar, für was sich die FDP einsetzt. Was heisst, eine Schweiz in Bewegung? Nicht ob sich etwas bewegt, in welche Richtung es sich bewegt, ist entscheidend.

**Beat Lüscher**

## Agenda FDP CH

- 21. 5. Eidgenössische Abstimmung: Bildungsrahmenartikel
- 10. 6. Delegiertenversammlung der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) in Delsberg
- 10. 6. Gemeinsame Fachtagung von FDP und LPS im Rahmen der UFL in Delsberg
- 6.–23. 6. Sommersession der eidgenössischen Räte
- 8. 6. Geschäftsleitung
- 14. 6. Fraktionsausflug der Bundeshausfraktion
- 23. 6. Sekretären-Seminar
- 30. 6. PPK/GL in Bern
- 18./19. 8. DV Murten
- 16. 9. Ortsparteipräsidenten-Konferenz, Zürich

# Wir Liberalen mach(t)en Geschichte

Chiligewürz wie scharfer Tabak	sie ruft stets nach der Reactio	2:2:2:1 von 1959 bis 2003	sagen ihre Meinung durch Blüten	gehört zu den Nadelbäumen	leuchtet in der Fassung oder am Baum	die Schöne leuchtet noch als Abendstern	freisinnige Richtung schon seit 1878	hoher Wert der liberalen Politik und schweizerischer Unabhängigkeit
		1		der über die Alp gesprochene Segen				
letzter Bundespräsident aus der FDP						CH-Wappenstolz numerus clausus		
so ist das englische Leben	Jonas, der erste CH-Bundespräsident		so staunt der Laie nur wenig	ist es, wo Ecken und Kanten fehlen			4	bloss oder kaum
			TI Bundesrat v. 1848 Napoleons Übernahme		3			
		2		der Kanton mit dem Bundesbriefarchiv		über das eigene Schicksal klagen	Appenzeller Kultobjekt Ampère-stunde	
wenn die Theater im Land herumziehen	Républ. féd. d'Allemagne geneigte Zuschauer		erster Berner Bundesrat und Militärdirektor	Schnaps für d. französischen Seemann	6	sind oft zum Raufen viele führen nach Bern		5
hat seit 1919 den Majorz ergänzt								damit wäscht eine Hand die andere
				sticht auch das Trumpfas		der Osten im Schweizer Westen		
etwas umstrittene freisinnige Hochburg			Folge der Nahrungsnot				zehn Stimmen für Blair	aus ihm wurde beim Nachbar der Cent
hat vor allem der Schütze vor Augen	wo Eisbären baden neue Lebenszelle		7			kleiner und meist guter Rat		
			englische Hilfe, z.B. Swiss ...	meist unpolitische Unterwürfigkeit	war 1848 Chef des Post- und Baudepart.	9		
			sagt der Engländer beim Addieren	zeigen Autos aus Rosenheim		Rohmaterial für Schokoladen	Absage in Berlin widerer Ami-Westen	
Pistenbretter	vereint jetzt alle freisinnigen Richtungen				10		leiser Niederschlag als Kletterseil	völlig kopflose CH-Hauptstadt
			Zahl für Tessiner Märchenwünsche				8	
reihet sich in Bern eines ans andere	Freiheit verlangt auch diese Pflicht		freisinnige Richtung der Staatsgründer	ächte Berner-Zusage		legt sich die Inderin um die Schultern		
Bereitschaft für seine Handlungen einzustehen					11			

## Bilden Sie sich weiter!

### 1.-3. Preis

Ein Bücher-Gutschein im Wert von Fr. 50.-, 30.-, 20.-

### So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 26. Juni 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:  
 Generalsekretariat FDP  
 «Freisinn»-Rätsel  
 z. Hd. Eliane Gnägi  
 Postfach 6136  
 3001 Bern  
 raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

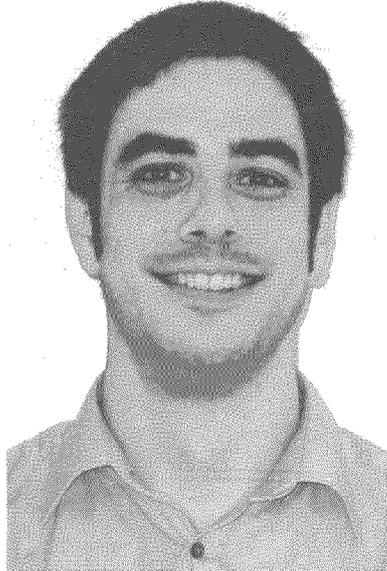
FDP intern

Neue Gesichter



Eliane Gnägi

Die 30-jährige Bernerin Eliane Gnägi hat ihre Tätigkeit im Generalsekretariat der FDP Schweiz am 1. Mai 2006 aufgenommen. Als Kommunikations-Assistentin ist sie verantwortlich für die Redaktion des «Schweizer Freisinn» und die Koordination mit den Kantonen, für die Besetzung der Arena und für die Organisation der Delegiertenversammlungen.



Luc Hutter

Ebenfalls am 1. Mai 2006 seine Arbeit aufgenommen hat der 31-jährige Berner Luc Hutter. Er ist IT-Supporter im Generalsekretariat, verantwortlich für das Webportal und betreut das zentrale Adressensystem EPOS.

Vorankündigung

a. o. Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Murten 18./19. August 2006

Unter dem Schwerpunkt «Die offene Schweiz» werden folgende Themen behandelt:

- Die Schweiz in der Weltwirtschaft
- Osthilfegesetz: Parolenfassung
- Integration junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt
- Integration der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz

Wie bereits für die Delegiertenversammlung in Glarus, sind auch hier die Spezialistinnen und Spezialisten in den Kantonen und Gemeinden herzlich eingeladen, dieses Thema mitzudiskutieren.

Hinweis: Diese Delegiertenversammlung wird erneut an zwei Tagen durchgeführt.



Vorschau

Ortsparteipräsidentenkonferenz

Die Ortsparteipräsidentenkonferenz findet am 16. September 2006 in Zürich statt.

Zeit: 11.00-14.30 Uhr

Nähere Infos und Einladung folgen.

Kreuzworträtsel aus Nr. 4/06

Alter Spuk im Schweizer Schulwesen

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 4/06 lautete: Kantonleigeist. Bis zum Redaktionsschluss sind 221 richtige Antworten bei uns eingegangen.

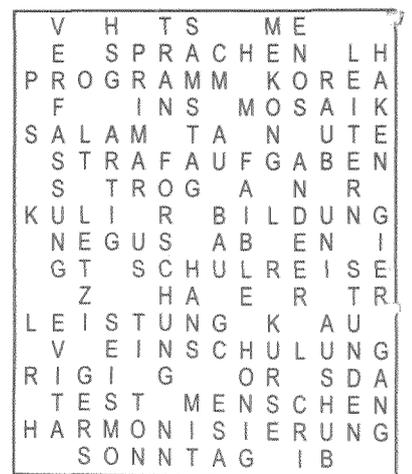
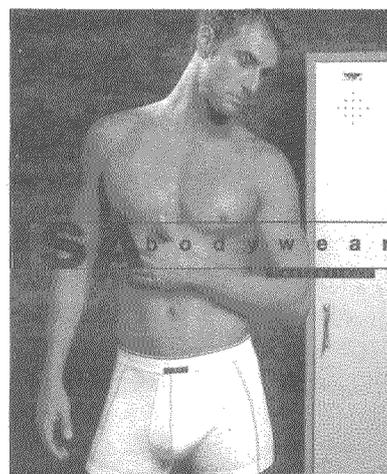
1.-3. Preis

Je ein ISA-Pyjama, gestiftet von der ISA Sallmann AG, Amriswil

Aus den Einsendungen zog die neue «Freisinn»-Redaktorin Eliane Gnägi die glücklichen Gewinner:

- Verena Frei-Kyburg, 5023 Rohr
- Hans von Weissenfluh, 6052 Hergiswil
- Erich Nützi, 4565 Recherswil

Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis – in diesem Sinne – guet Nacht!



# Wir sehen geschützte Neugier und sicheres Lernen.

Microsoft arbeitet daran, das Internet zu einem sicheren Ort des Lernens und Entdeckens für Kinder zu machen. In Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus Bildungswesen, Bund und Privatwirtschaft arbeitet Microsoft im Rahmen des Projektes Security4Kids daran, Kindern das sichere Verhalten in der Online-Welt näher zu bringen.

[www.microsoft.com/switzerland/potential/de](http://www.microsoft.com/switzerland/potential/de)



Your potential. Our passion.™

**Microsoft**